

50 Jahre Konrad Adenauer Stiftung



50
SEIT 1955



www.kas.de

Inhalt



Editorial	2
Interview Adenauer ist das Programm	5
Programm	6
Impressionen	8
Gottesdienst Eine Frage der Prägung	10

Festakt



Bundespräsident Horst Köhler Bürgersinn und Gemeinwohl	12
Angela Merkel Demokratie wird nicht einfach vererbt	14
Nikolaus Schweickart Ordnungspolitischer Kompass	18
Bernhard Vogel Orientierung auf die Zukunft	24

Foren



Forum I 40 Jahre Begabtenförderung	30
40 Jahre Begabtenförderung Markenzeichen	31
Christoph Böhr Verantwortung übernehmen	32
Mario Fernández Begabtenförderung als christliche Aufgabe	33



Forum II 30 Jahre Archiv für Christlich-Demokratische Politik	37
Hans-Peter Schwarz Zeitgeschichte „Wo bleiben die Arbeiten?“	38



Forum III Wie wollen wir in Zukunft leben?	39
Norbert Lammert Zukunftsforum: Mut machen	40
Helmut Kohl Emotionen für Europa	42
Üben, bis die Hände schmerzen	43
Begabte Früchtchen Halb tot gelacht	44

Anhang

Kleine Chronik	46
Der Freundeskreis gratuliert	47
Veröffentlichungen Geschichte und Standpunkte	48

Editorial



Als gegen Ende des Jahres 1955 die „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“ in Bonn gegründet wurde, die Urzelle der Konrad-Adenauer-Stiftung, war den Initiatoren in der CDU, allen voran dem damaligen Bundesgeschäftsführer der Partei und späteren Vorsitzenden der Stiftung, Bruno Heck, schnell klar geworden, dass die Aufgabe dieser neuen Institution weit über den ursprünglich geplanten Charakter einer Parteischulungsstätte hinausgehen musste. So tauchten bereits 1956 Seminarthemen wie „Die Sozialpolitik aus der Sicht des Arbeitnehmers“ oder „Die Situation im Ostblock und ihre Konsequenzen für die deutsche Frage“ auf. Das waren zwar auch wichtige Themen für die Verantwortungsträger in der CDU, aber sie richteten sich ersichtlich an ein sehr viel größeres Publikum.

Orientierung geben auf christlich-demokratischer Grundlage – dieser bereits in den Anfängen angelegte Auftrag zieht sich seither als kontinuierliche Linie durch die fünfzigjährige Geschichte der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS). Die politischen Weichenstellungen im ersten Jahrzehnt der neuen Bundesrepublik, die gesellschaftlichen Umbrüche in den sechziger Jahren, die innen- und außenpolitischen Veränderungen in den siebziger und achtziger Jahren, der Zusammenbruch des Ostblocks und die deutsche Wiedervereinigung sowie, verstärkt seit Mitte der neunziger Jahre, der wachsende Reformdruck und die Folgen der Globalisierung haben die Konrad-Adenauer-Stiftung immer wieder aufs Neue dazu veranlasst, diese Orientierung zu geben, aber auch Seismograf für Kommendes zu sein. Dabei ist die Rolle der Stiftung nicht die des unbeteiligten Betrachters, sondern sie versteht sich auch als bewegende Kraft, die dem christlich-demokratischen Gedanken national wie international Perspektiven in die Zukunft eröffnen will.



Es hätte nicht des Wahlergebnisses vom 18. September 2005 bedurft, um deutlich zu machen, dass sich an dieser Herausforderung nichts geändert hat. Aber seither ist die Frage noch brennender geworden, ob die gestalterische Kraft christlich-demokratischer Politik und die demokratische Stabilität unseres Landes ausreichen, um die notwendige Neuausrichtung der Bundesrepublik Deutschland zu verantworten. Jeder, der ein Haus umgebaut hat, weiß, dass es leichter ist, ganz neu zu bauen. Und es geht ja letztlich um mehr als um die Reform überholungsbedürftiger Systeme. Deutschland leidet nicht nur unter einem Reformstau, sondern steckt in einer geistigen Krise. Zum Aufbruch brauchen wir nicht nur Reformen des Steuersystems, des Gesundheitswesens, des Sozialsystems, wir brauchen die geistigen Kräfte zur Erneuerung. Das gilt umso mehr, als schon die globalen Veränderungen uns kein Paradiesgärtlein belassen werden, an dem die Stürme eines ungebremsen Fortschritts vorüberziehen.

Neu aufsteigende Mächte (China, Indien) mit außerordentlich agilen und mobilen Bevölkerungen werden die Gewichte in der internationalen Politik und die Weltmärkte massiv beeinflussen und verändern. Die Forderungen anderer aufstrebender Länder nach fairen Chancen können von den Wohlstandinseln der westlichen Welt nicht dauerhaft ignoriert werden. Es ist bereits so viel in Bewegung geraten, auch für uns Deutsche, dass die Kräfte der Beharrung und die Liebhaber struktureller Unbeweglichkeit nur um den Preis eines rapiden Abstieges unseres Landes die erforderlichen Umbaumaßnahmen verweigern können.

In diesem, gerade auch für die auf Sicherheit bedachten Menschen, schwierigen Umgewöhnungsprozess kommt es entscheidend darauf an, bei allen politischen Gestaltungsaufgaben den manchmal schmalen Pfad von Maß und Mitte nicht zu verlassen, mit der Radikalkur nicht gleich auch den Patienten selbst umzubringen. Das sollte den politisch Handelnden stets bewusst sein. Es beschreibt aber auch die Leitplanken für die Arbeit einer Institution wie der Konrad-Adenauer-Stiftung, zu deren Aufgaben es laut Satzung nicht zuletzt gehört, „durch Forschung und Beratung Grundlagen politischen Wirkens“ zu erarbeiten. Das ist mehr als nur Beratung in tagespolitischen Fragen. Erforderlich ist vor allem, die Wirkungszusammenhänge moderner Demokratien im Medienzeitalter zu erforschen und damit Politik vorzubereiten und möglich zu machen. Dazu gehört dann auch, durch politische Bildung und Aufklärung zum Beispiel Reformen vorzubereiten und von einer reaktiven Politik zu einer vorausschauenden, Krisen vermeidenden Politik zu kommen.

Viele der Fragen, vor denen wir im weltweiten Maßstab stehen, werden von kultureller Bedeutung sein. Ist unsere traditionelle Außenpolitik hierauf schon eingestellt? Die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland wird in bisher noch nicht in ihrer Bedeutung voll erkannter Weise von ihren „brains“ abhängen, das heißt, Bildung und Ausbildung werden die Voraussetzung sein für den Wohlstand, die Arbeitsplätze und den Stellenwert Deutschlands in der Wettbewerbswelt des 21. Jahrhunderts. Nicht mehr Armeen



50
SEIT 1955



entscheiden in Zukunft über die Bedeutung eines Landes, sondern die Qualität seiner Forscher und Erfinder und die Aufgeschlossenheit und Lernfähigkeit seiner Bevölkerung. Niemand kann behaupten, dass die deutsche Politik darauf schon hinreichend reagiert hätte. Auch die gesellschaftspolitischen Implikationen einer Wissensgesellschaft haben noch kaum Eingang in das politische Denken gefunden.

Wir stehen vor der Erkenntnis, dass die Generationengerechtigkeit und die Familienpolitik die „neue soziale Frage“ des 21. Jahrhunderts sein werden. Ob sie gelöst werden kann, wird auch über den sozialen Frieden entscheiden. Und sie wird nur gelöst werden können, wenn die Renaissance einer „Kultur der Freiheit“ (Udo di Fabio) gelingt, einer Revitalisierung von Werten und Tugenden im Alltag und im Miteinander der Menschen. Das meint kein Zurück zu den Werten der fünfziger Jahre, aber eine Wiederentdeckung der Wurzeln aller Humanität und der kulturellen Kraftquellen der Gesellschaft. Es geht nicht um Libertinage, sondern um Verantwortung für sich selbst, für andere, für die Gemeinschaft.

In diesem Sinne muss das Verhältnis von Bürger und Staat neu vermessen werden. Bürger und Gesellschaft sollen nicht Objekt staatlicher Wohlfahrt sein, sondern Subjekt und Bezugspunkt der Politik. In diesem Sinne ist Sozialpolitik Gesellschaftspolitik, bei der der einzelne Bürger und nicht die stärkste Lobby im Zentrum steht. Dorthin gehört vor allem die Familie, denn sie ist der Ort, wo gesellschaftliche Zukunft erst entsteht. Dabei geht es nicht in erster Linie um die Organisation von materiellen Transferleistungen, es geht vor allem um eine Veränderung im Denken, in den Zielen, in den Leitbildern, es geht um Rahmenbedingungen, die es Familien ermöglichen, wirklich Familie zu sein. Familie bildet das Zentrum einer humanen Gesellschaft, die von dort aus gedacht und geordnet werden muss.

Die Balance zwischen Modernität und Veränderung, die Bewahrung des Guten und Bewährten sind Voraussetzungen dafür, den Umbau zu meistern, ohne die psychischen Kräfte

der Menschen zu überfordern. Es gibt keine politische Idee, die das besser könnte, als die der christlichen Demokratie. Aber es bleibt Aufgabe der politisch Handelnden, das Vertrauen in die Lösungskraft dieser Idee immer wieder neu herzustellen und zu stärken. Vertrauen ist keine abstrakte Größe, Vertrauen hat mit Zutrauen zu tun. Und das wiederum macht sich an Personen, an persönlicher Glaubwürdigkeit ebenso fest wie an konzeptioneller Klarheit. Die Bürger müssen sich in der Politik und in den von ihnen gewählten politischen Repräsentanten „wiederfinden“ können. Politik muss überzeugen, was mehr verlangt, als tagespolitisch erfolgreich zu sein. Es geht darum, Übereinstimmungen im Grundsätzlichen, in den großen Zielen und Leitbildern herzustellen und damit Identifikation und Bindung zu ermöglichen. Die umfassende Diskussion mit den Bürgern des Landes, mit den Kirchen und allen anderen die politische Kultur des Landes prägenden und tragenden Institutionen über die innere Ausrichtung und die Zukunft Deutschlands ist deshalb kein Luxus, für den im hektischen Alltagsgeschäft der Politik keine Zeit bleibt. Sie ist vielmehr Voraussetzung dafür, die Menschen auch mitnehmen zu können, wenn es auf den unbequemen Weg der Reform geht.

Vertrauen ist ein kostbares Gut in der Politik. Die Konrad-Adenauer-Stiftung kann dazu ihren Beitrag leisten, so wie sie ihn auch in den vergangenen fünf Jahrzehnten immer wieder geleistet hat. Damit Werte Zukunft haben – das ist eines der Leitmotive unserer Arbeit. Wir sind davon überzeugt, dass die Grundwerte der christlichen Demokratie – Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit – zusammen mit dem Subsidiaritätsprinzip die Kraftquelle bilden für politische Gestaltung und Verantwortung. Auf dieser Grundlage wurde nach dem Zweiten Weltkrieg ein politisches, wirtschaftliches und soziales Erfolgsmodell aufgebaut, das weltweit Anerkennung fand. Wir sind sicher, dass dies auch die grundlegenden Werte sind, die zukunftsfähige, moderne und dem Menschen gemäße Lösungen für die Aufgaben des 21. Jahrhunderts möglich machen.

Bei den vielen Aktivitäten der Konrad-Adenauer-Stiftung steht immer wieder im Vordergrund, Orientierung zu geben.

Wir wollen die Zukunft gestalten helfen, Demokratie und Menschenrechte stärken, in junge, begabte Menschen investieren – und bei alledem unsere Geschichte und die Geschichte der christlichen Demokratie nicht vergessen. Aus den Erfolgen der Vergangenheit, den Aufgaben der Gegenwart und den Herausforderungen der Zukunft ziehen wir die Gewissheit, dass eine Institution wie die Konrad-Adenauer-Stiftung nicht nur ihre Berechtigung hat, sondern dass sie unverzichtbar bleibt.

Sankt Augustin / Berlin, im März 2006

Wilhelm Staudacher
Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

Adenauer ist das Programm

Zum 50-jährigen Bestehen sprach Norbert Walleit mit Bernhard Vogel, dem Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung

Frage: Welche Rolle spielt Konrad Adenauer im heutigen Wirken der Stiftung?

Vogel: Mehr als unser Statut und unsere Satzung ist Konrad Adenauer selbst das Programm der Stiftung – sowohl in unserer Arbeit in Deutschland wie im Ausland. Er steht für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Frieden.

Frage: Die internationale Arbeit ist in der Öffentlichkeit ein nicht so präsender Aspekt.

Vogel: Schon bald nach Gründung der Stiftung entstand der Gedanke, sozusagen als Dank für die Deutschland unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg zuteil gewordene Hilfe, sich vor allem in Entwicklungsländern zu engagieren – mit dem Ziel, diesen Ländern bei der Schaffung von rechtsstaatlichen und parlamentarischen Strukturen zu helfen.

Frage: Wo liegen die regionalen Schwerpunkte?

Vogel: Die Anfänge der internationalen Arbeit liegen in Lateinamerika. Damals suchten die dortigen christdemokratischen Parteien die Zusammenarbeit mit uns. Dort sind wir auch heute noch stark engagiert. Aber in den letzten Jahren haben wir neben Afrika zunehmend Asien in den Blick genommen. Und hier sehen wir dringenden Bedarf am Dialog zwischen den Kulturen und den Religionen. Natürlich gerade mit dem Islam, aber auch mit dem Hinduismus. Insgesamt sind wir heute in etwa 70 Staaten mit deutschen Mitarbeitern vertreten.

Frage: In Deutschland ist die Basis der Arbeit die Verbreitung des christdemokratischen Gedankengutes?

Vogel: Die Stiftung arbeitet in der Nachbarschaft zur CDU. Aber unabhängig und selbständig sind wir nicht das fünfte Rad am Wagen der Partei. Unser Ziel ist es, den christlich-demokratischen Grundgedanken jeweils zeitgemäß zu formulieren. Konservative, christlich-soziale und liberale Ideen sind da gleichermaßen Grundlage. Schwerpunkt dabei ist: Eine Demokratie braucht überzeugte Demokraten, und darum muss Politikverdrossenheit überwunden werden. Also müssen wir Reformbereitschaft wecken.



Frage: Mancher Beobachter meint durchaus kritisch, die Union habe sich stark in Richtung Liberalismus entwickelt.

Vogel: Die Stiftung trifft dieser Vorwurf sicher nicht. Gerade das „C“ in der Idee unserer Bewegung steht im Mittelpunkt unserer Arbeit. Deshalb ist die Beziehung zu den christlichen Kirchen und dem Judentum für uns ganz wichtig.

Frage: Die Stiftung ist in besonderer Weise mit dem Rheinland verbunden. Hat die „Berliner Republik“ das Gesicht des Landes verändert?

Vogel: Ich möchte nicht, dass sich die Berliner Republik von der Bonner Republik unterscheidet. Die Berliner Politik soll aus dem gleichen Grundverständnis heraus gestaltet werden, aus dem sie nach 1949 in Bonn gestaltet worden ist. Deshalb entspricht es nicht nur einer organisatorischen Zweckmäßigkeit, sondern auch einer Grundüberzeugung, dass die Adenauer-Stiftung nur mit einem Teil ihrer Arbeit nach Berlin übersiedelt ist. Unsere Außen- und innenpolitischen Initiativen können nur von der Hauptstadt aus erfolgen. Aber mit anderen Bereichen, etwa der Begabtenförderung, dem Archiv und der politischen Bildungsarbeit, bleiben wir in Sankt Augustin und Eichholz. Konrad Adenauer kann man nicht völlig vom Rhein an die Spree versetzen.

Programm

9.15 – 10.15 Uhr

Gottesdienst im Bonner Münster

Gestaltet von Altstipendiaten
der Konrad-Adenauer-Stiftung

Monsignore Bernhard Appel

Pfarrer Alfred Jung

Jochen Bartel, Organist

11.00 – 13.00 Uhr

Festakt im früheren neuen Plenarsaal
des Deutschen Bundestages, Bonn

Ansprachen

Prof. Dr. Horst Köhler

Bundespräsident

Dr. Angela Merkel, MdB

Vorsitzende der CDU Deutschland
Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

Dr. h. c. Nikolaus Schweickart

Vorstandsvorsitzender der Altana AG

Prof. Dr. Bernhard Vogel

Ministerpräsident a. D.
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

Musikalische Umrahmung durch
das Altstipendiatenorchester unter der
Leitung von Florian Ludwig



14.00 – 16.00 Uhr

Drei parallele Foren

■ **Forum I:**
**Talente entdecken, Talente fördern –
40 Jahre Begabtenförderung**

Eröffnung

Prof. Dr. Bernhard Vogel

Prof. Dr. Dr. Wolf D. Gruner
Sprecher der Vertrauensdozenten

Ralf Heimbach
Sprecher der Altstipendiaten

Begabtenförderung als christliche Aufgabe

S.E. Dr. Mario Fernández
Botschafter der Republik Chile in Deutschland

Was können Eliten zur Reform unserer Gesellschaft beitragen?

Dr. Christoph Böhr, MdL
Stv. Bundesvorsitzender der CDU

Podiumsdiskussion

Ethos und Kultur von Eliten

Prof. Dr. Alois Baumgartner, Vertrauensdozent
Ludwig-Maximilians-Universität München

Dr. Pia Beckmann, Altstipendiatin
Oberbürgermeisterin von Würzburg

Prof. Dr. Beate Neuss, Vertrauensdozentin
Technische Universität Dresden
Stv. Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung

Prof. Dr. Kurt Lauk, MdEP
Präsident Globe Capital Partners GmbH

Moderation:

Dr. Wolfram Weimer, Altstipendiat
Chefredakteur Cicero

■ **Forum II:**
**Zeitgeschichte: 30 Jahre Archiv
für Christliche Demokratie**

Eröffnung und Einführung

Anton Pfeifer
Staatsminister a.D.
Stv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

**Wo steht die Geschichtsschreibung
über die Bundesrepublik Deutschland?**

Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz
Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung

■ **Forum III:**
Wie wollen wir in Zukunft leben?

Eröffnung

Dr. Norbert Lammert, MdB
Präsident des Deutschen Bundestages
Stv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

**Präsentation der Delphi-Studie
„Deutschland im Umbruch“**

Hauptabteilung „Politik und Beratung“,
Konrad-Adenauer-Stiftung

Podiumsdiskussion

Dieter Althaus, MdL
Ministerpräsident des Freistaates Thüringen

Prof. Dr. Hans Maier
Staatsminister a.D.

Klaus Peter Müller,
Sprecher des Vorstandes der Commerzbank AG

Dr. Norbert Lammert, MdB

16.30 – 18.00 Uhr

Die Zukunft Europas
Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl

Moderation:

Sigmund Gottlieb, Chefredakteur Fernsehen,
Bayerischer Rundfunk



18.30 – 19.30 Uhr

**Konzert des Altstipendiatenorchester
der Konrad-Adenauer-Stiftung unter der
Leitung von Florian Ludwig**

20.00 Uhr

„Begabte Früchtchen“

Ein heiteres Revue-Programm moderiert von **Anka Zink**,
Kabarettistin und Altstipendiatin

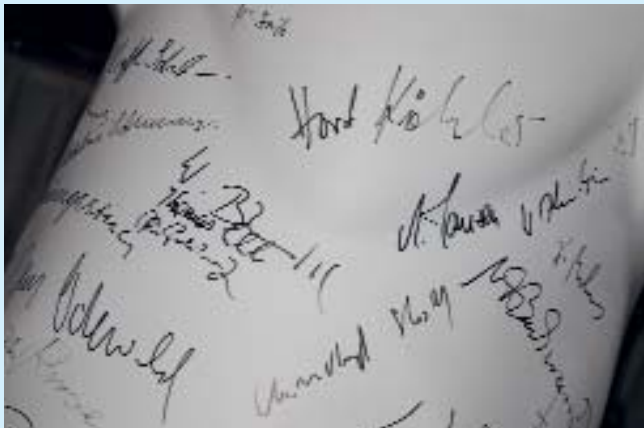
Eckart von Hirschhausen, der Arzt, dem die Zuschauer
vertrauen, **Christiane Weber** und **Timm Beckmann** mit
einem märchenhaft modernen Chansonstil.
Knusper! knabbert parodistisch an der Matrix sportlicher
Ereignisse und **Extra Energie** verleiht dem Abend Flügel.



**Im Foyer des Plenarsaals präsentiert sich die
Konrad-Adenauer-Stiftung mit:**

- der Meile der politischen Bildung
- einem aktuellen Querschnitt der internationalen Arbeit
- der Ausstellung
50 Jahre Konrad-Adenauer-Stiftung

50
SEIT 1955





Gottesdienst

Eine Frage der Prägung

„Kommet zuhauf“, lautet eine Zeile im Choral „Lobe den Herren“. Ein Liedvers, der durchaus zum Tagesstart passte: Schon eine halbe Stunde vor Beginn des Dankgottesdienstes im Bonner Münster war kaum mehr ein Sitzplatz in einer der Kirchenbänke zu ergattern. Händeschütteln, Wiedersehensfreude, herzliche Umarmungen – die Atmosphäre im Münster erinnerte an eine große Familienfeier. Die zentralen Themen des ökumenischen Gottesdienstes, mit dem die Feier zum 50. Geburtstag der Konrad-Adenauer-Stiftung begann, waren der Wert und die Würde des Menschen.

Gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört

Die Predigt, die die beiden Altstipendiaten Monsignore Bernhard Appel aus Freiburg und Pfarrer Alfred Jung aus Korbach gemeinsam hielten, handelte von dem Gleichnis vom Zinsgroschen. Jesus antwortet darin auf die Frage, ob es erlaubt sei, dem Kaiser Steuern zu zahlen: „Zeigt mir die Münze, mit der ihr eure Steuern bezahlt! Wessen Bild und Aufschrift ist das?“ Die Fragesteller antworten: „Das des Kaisers“, worauf Jesus sagt: „So gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört, und Gott, was Gott gehört!“



„Jesus war kein Träumer“, eröffnete der Katholik Monsignore Appel. Dass Geld in der Welt notwendig sei, sei für Jesus klar gewesen. „Aber er schränkt die Bedeutung des Geldes ein mit einem Halbsatz: Gebt Gott, was Gott gehört.“ Doch was oder wer gehört Gott? „Der gehört Gott, der sein Bild trägt“, sagte der Monsignore. „Gott hat uns nach seinem Bild geschaffen. So wie der Kaiser sein Porträt auf die Münze prägte, so prägt Gott uns, gibt uns Wert und Würde.“ Appels evangelischer Kollege, Pfarrer Alfred Jung, setzte diesen Gedanken fort: „Wer sich so angenommen weiß, der kann davon an andere weitergeben. Wir sehen an diesem Tag heute, was Menschen Gutes gewirkt haben.“ Und wie auch eine Münze Gebrauchsspuren aufweise, hinterlasse das Leben bei jedem Menschen Spuren, manchmal auch tiefe Kratzer. Wie ein Münzsammler, der eine seltene Münze entdeckte, freue sich Gott über uns, sagte Monsignore Appel: „Gott will uns reinigen und polieren und uns dann wieder in Umlauf bringen. Wir gehören unters Volk, nicht in den Tresor.“

Kollekte für ein Hilfsprojekt

Die Dankbarkeit für ein halbes Jahrhundert erfolgreiche Arbeit der KAS fand Ausdruck in Chorälen, Gebeten und der beeindruckenden musikalischen Umrahmung durch Jochen Bartel an der Orgel und Henning Büscher auf der Trompete. Die ganz realen Münzen, die bei der Kollekte eingesammelt wurden, kommen einem Hilfsprojekt der Konrad-Adenauer-Stiftung für Kinder in Aceh zugute.

Zum Nachlesen: Der Predigt-Text (Einheitsübersetzung)

„ Damals kamen die Pharisäer zusammen und beschlossen, Jesus mit einer Frage eine Falle zu stellen. Sie veranlassten ihre Jünger, zusammen mit den Anhängern des Herodes zu ihm zu gehen und zu sagen: Meister, wir wissen, dass du immer die Wahrheit sagst und wirklich den Weg Gottes lehrst, ohne auf jemand Rücksicht zu nehmen; denn du siehst nicht auf die Person. Sag uns also: Ist es nach deiner Meinung erlaubt, dem Kaiser Steuer zu zahlen, oder nicht? Jesus aber erkannte ihre böse Absicht und sagte: Ihr Heuchler, warum stellt ihr mir eine Falle? Zeigt mir die Münze, mit der ihr eure Steuern bezahlt! Da hielten sie ihm einen Denar hin. Er fragte sie: Wessen Bild und Aufschrift ist das? Sie antworteten: Des Kaisers. Darauf sagte er zu ihnen: So gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört, und Gott, was Gott gehört! Als sie das hörten, waren sie sehr überrascht, wandten sich um und gingen weg. (Matthäus 22, 15-22) “



Festakt



Bürgersinn und Gemeinwohl

Bundespräsident Horst Köhler

„Ich habe mit meinem Hausarzt gesprochen, ein bis zwei Jährchen werde ich das machen können.“

Das sagte Konrad Adenauer, als er bei einem Treffen in seinem Rhöndorfer Haus im August 1949 von Parteifreunden zum Kanzlerkandidaten der Union gekürt wurde.

Gut, dass er das mit den ein, zwei Jährchen in seiner rheinischen Art nicht so ganz wörtlich gemeint hat. Denn sonst hätte er wohl nicht sechs Jahre später maßgeblich dazu beitragen können, die „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“ zu gründen, die dann schon bald zur „Politischen Akademie“ samt Begabtenförderung ausgebaut wurde und seit 1964 Konrad-Adenauer-Stiftung heißt.

Der Einladung, heute mit Ihnen und mit Ihren Gästen aus dem In- und Ausland den 50. Geburtstag der Stiftung zu feiern, bin ich gerne gefolgt.

Blickt man auf die Karriere des Namensgebers, dann darf man die Voraussage wagen: Die besten Jahre liegen noch vor der Adenauer-Stiftung. Ihr Namenspatron jedenfalls war mit 50 Jahren noch lange nicht zu seiner Höchstform gelangt, auch wenn er damals schon seit fünf Jahren Präsident des Preußischen Staatsrates war, der zweiten Kammer des Preußischen Parlamentes.

Uns allen ist Konrad Adenauer vor allem als der erste Bundeskanzler ein Begriff und als der Mann, der seinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern auf unnachahmliche Weise Zuversicht und neues Selbstvertrauen gegeben und die junge Bundesrepublik auf einen guten Kurs gebracht hat.

Vor drei Wochen war ich in Friedland, um mit vielen Zeitzeugen einer seiner großen Leistungen zu gedenken: der Heimholung der letzten deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinterneierten aus der Sowjetunion. Es war bewegend, wie lebendig die Dankbarkeit dieser Menschen und ihrer Familien ist.

Möglich wurden Erfolge wie der von Moskau durch die Art, wie Adenauer die junge Bundesrepublik Deutschland im Ausland repräsentierte und die Werte und Interessen des jungen, demokratischen Deutschlands vertrat: im Bewusstsein der deutschen Verantwortung, auf Verständigung bedacht, ohne Schärfe, aber mit Bestimmtheit in der Sache.

Das galt für seine legendäre Moskau-Reise, für seinen Dialog mit David Ben Gurion und den schrittweisen Aufbau von Beziehungen zu Israel und für eine weitere historische Leistung Konrad Adenauers: für die Aussöhnung mit Frankreich, die zum Grundstein der europäischen Einigung wurde.

Das Anliegen internationaler Verständigung und Partnerschaft, das Konrad Adenauer so klug verfolgte, führt die Adenauer-Stiftung erfolgreich fort. Der Austausch und die Zusammenarbeit mit Menschen aus aller Welt war von Anfang an ein Schwerpunkt der Stiftung. Schon 1962 wurde ihr „Institut für Internationale Solidarität“ gegründet. Zwei Jahre später war die Stiftung bereits in acht süd- und mittelamerikanischen Staaten vertreten und schloss dort Partnerschaften mit christlich-demokratischen Parteien, Gewerkschaften, Genossenschaften und Bildungseinrichtungen.

Die Stiftung gehörte damit zur entwicklungs-politischen Avantgarde: Erst 1961 hatte die Bundesrepublik Deutschland selber ein Ministerium für die Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas geschaffen – und das damals als erster westlicher Staat. Die Konrad-Adenauer-Stiftung begleitete diese wegweisende Politik praktisch von Anfang an – ebenso wie dann auch die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Friedrich-Naumann-Stiftung und alle politischen Stiftungen.

Es ging bei der Auslandsarbeit im besten Sinne um Solidarität. Die Konrad-Adenauer-Stiftung nahm und nimmt dabei in starkem Maße Bezug auf das von Oswald von Nell-Breuning beschriebene Prinzip der Subsidiarität: Betroffene und Benachteiligte in Gesellschaft, Wirtschaft, Politik sollten Hilfe erhalten, um ihre eigenen Ideen umsetzen und selbst Verantwortung für ihre Projekte übernehmen zu können. Die Stiftung leistet darum zuallererst Beratungshilfe. Diese Art der internationalen Zusammenarbeit und, wenn nötig, Hilfestellung, bedeutete damals eine kopernikanische Wende. Die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung trug auf diese Weise sehr zur Glaubwürdigkeit der westdeutschen Politik im Ausland bei.

Ein weiteres bedeutendes Datum für die internationale Arbeit der Stiftung war die erste Direktwahl des Europaparla-

ments im Jahr 1979. Die Konrad-Adenauer-Stiftung begann damals damit, Außenstellen auch in den westeuropäischen Ländern und in den USA aufzubauen und die politische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den westlichen Demokratien zu vertiefen. Diese Arbeit ist heute so wichtig wie nur je. Das zeigen die Kontroverse um die Europäische Verfassung und die leider wachsende Entfremdung der Menschen gegenüber den europäischen Institutionen. Gerade auf diesem Feld ist die Arbeit der politischen Stiftungen jetzt besonders gefordert.

Die wohl größte Zäsur für die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung brachte das Jahr 1989. Am 10. November 1989, einen Tag nach dem Mauerfall, eröffnete sie im Warschauer Schloss ihre erste Außenstelle in Mittel- und Osteuropa.

Die Entscheidung, nach Polen zu gehen, fiel natürlich nicht über Nacht. Am zeitlichen Zusammentreffen der beiden Ereignisse kann man aber ablesen, dass die Stiftung die Zeichen der Zeit längst erkannt hatte. Bald nach 1989 kamen Büros in der damaligen Sowjetunion, in Ungarn, in der tschechischen und der slowakischen Republik, in den baltischen Ländern, in Bulgarien, Rumänien und in den Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawien hinzu.

Die Stiftung setzt heute etwa die Hälfte ihrer Haushaltsmittel für die internationale Arbeit ein. Bei den anderen politischen Stiftungen ist das ähnlich. Ich begrüße dieses Engagement sehr. Wie Sie wissen, liegt mir die Entwicklungszusammenarbeit besonders am Herzen: Heute Nachmittag werde ich die erste Konferenz der von mir initiierten Initiative „Partnerschaft mit Afrika“ auf dem Petersberg eröffnen. Ich sehe den Gesprächen dort bereits mit Freude und Neugierde entgegen.

Die Auslandsarbeit der politischen Stiftungen ist wertvoll für unser Land, denn sie trägt wesentlich dazu bei, Einblicke in fremde Länder und Kulturen zu gewinnen und das Bild zu vervollständigen und zu bereichern, das uns Diplomaten und Wirtschaftsdelegationen vermitteln. Die politischen Stiftungen haben nämlich im Ausland einen anderen und nicht selten einen noch direkteren Zugang zu den Menschen, als ihn die diplomatischen Vertretungen haben können.

Die politischen Stiftungen tragen aber nicht nur dazu bei, im Ausland Einsichten zu gewinnen; sie vermitteln dort auch Einsichten – Einsichten in die Werte und Grundsätze, die unser Zusammenleben in Deutschland tragen, und Einsichten in die Überzeugungen, für die wir Deutsche stehen.

Das Interesse daran ist gerade in dieser Zeit weltweiten Umbruchs groß – und als ehemaliger Geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds weiß ich, wovon ich spreche. In vielen Staaten wird

darüber nachgedacht, wie unter den Bedingungen der Globalisierung ein zukunftsweisender Gesellschaftsvertrag aussehen kann. Deutschland hat auf diesem Gebiet viel zu bieten: das Modell der Sozialen Marktwirtschaft zum Beispiel, die Erfahrungen beim Aufbau seiner freiheitlichen Demokratie und seinen guten Beitrag zur europäischen Integration. Diesen Erfahrungsschatz sollten wir pflegen und auch anderen zugänglich machen. Ich wünsche mir, dass das gerade die politischen Stiftungen mit Verve und mit Selbstbewusstsein tun. Und ich weiß durch meine vielen Begegnungen mit ausländischen Gesprächspartnern, dass dies im Ausland auch erwartet wird. Wir machen noch zu wenig aus unserem Erfahrungsschatz und unserem guten Ruf im Ausland.

Sehr geehrte Damen und Herren, neben der Internationalen Zusammenarbeit ist die Förderung des akademischen Nachwuchses aus dem In- und Ausland der wichtigste Schwerpunkt der Stiftungsarbeit. Dass auch die Begabtenförderung dieses Jahr ihr 40-jähriges Bestehen feiert, soll deshalb nicht unerwähnt bleiben.

Konrad Adenauer sagte einmal: „Wir müssen in Deutschland wieder eine Schicht von Gebildeten schaffen. Ich spreche absichtlich von Bildung und nicht von Wissen. Die Bildung steht höher als das Wissen.“ Diese Aufgabenbeschreibung ist immer noch aktuell. Ich möchte Sie ermutigen, an diesem Bildungsverständnis auch in Zukunft festzuhalten und es in die Gesellschaft zu tragen.

Der Soziologe Norbert Elias hat Bildungsarbeit als Fackellauf beschrieben: Man nimmt die Fackel von den vorangehenden Generationen, trägt sie ein Stück weiter und gibt sie ab in die Hände der nächstfolgenden Generation. Die Arbeit der vorangehenden Generation wird dadurch, so Elias, nicht vernichtet. Vielmehr ist sie die Voraussetzung dafür, dass die späteren Generationen über sie hinauskommen können. Auch in der Bildungsarbeit ist ein funktionierender Generationenvertrag unabdingbar.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ermuntert junge Menschen dazu, von ihren geistigen Gaben mit wachem Bürgersinn Gebrauch zu machen, sich für das Gemeinwohl zu engagieren und politische Verantwortung zu übernehmen. Die Liste der Altstipendiaten, die diesen Erwartungen gerecht geworden sind, ist ausgesprochen ansehnlich – und auch das hat unserem Land gut getan und ihm in aller Welt Freunde gewonnen.

So leistet die Stiftung seit nun einem halben Jahrhundert einen unverzichtbaren Beitrag für Freiheit und Gerechtigkeit. **Ich danke allen, die dazu beigetragen haben und weiter beitragen, und ich wünsche der Konrad-Adenauer-Stiftung auch weiterhin viel Erfolg.**

50
SEIT 1955



„Seit einem halben Jahrhundert ein unverzichtbarer Beitrag für Freiheit und Gerechtigkeit.“



Demokratie wird nicht einfach vererbt

Angela Merkel, Vorsitzende der CDU Deutschlands

Ich freue mich, heute bei Ihnen zu sein und Ihnen persönlich im Namen der Christlich Demokratischen Union die allerherzlichsten Glückwünsche zu überbringen. Wir sind zehn Jahre älter, haben dessen schon im Juni gedacht und freuen uns, dass Sie jetzt das 50. Jubiläum erreicht haben. Ich möchte zuallererst Sie, lieber Herr Vogel, und Sie, lieber Herr Staudacher, bitten, den ehemaligen und heute verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Konrad-Adenauer-Stiftung herzlich zu danken. Das Jubiläum, das wir heute feiern, haben Sie, die Mitarbeiter in Deutschland und in rund 60 Ländern weltweit, mit erarbeitet. Ich danke allen, die daran mitgewirkt haben!

Die KAS, wie wir kurz und bündig sagen, die Konrad-Adenauer-Stiftung, ist das Archiv und das kollektive Gedächtnis für christdemokratische Politik. Sie hat für das Geschichtsbewusstsein unserer Partei einen unersetzlichen Beitrag geleistet, sie hat durch zahlreiche Seminare, Kongresse und Politikberatung immer wieder wichtige, unerlässliche Impulse gegeben und sie ist für uns in der Christlich Demokratischen Union ein Ratgeber bei allen wichtigen Zukunftsaufgaben.

Die Bildungsarbeit der Stiftung in den Regionen unseres eigenen Landes führt viele ältere, aber vor allen Dingen auch junge Menschen immer wieder an neue politische Fragestellungen heran. Sie gibt Anstöße und Hinweise. Sie setzt vor allen Dingen in einer sehr komplizierten Welt auf Schwerpunkte und ist damit unersetzlich.

Aber auch in vielen Staaten auf der ganzen Welt leistet die Stiftung einen zentralen Beitrag für Demokratie und Entwicklung. Sie ist dort unverzichtbar. Sie ist für viele, die Demokratie erarbeiten, die Demokratie erkämpfen müssen, ein Ratgeber, ein Helfer, ein Stabilisator, und sie hat in den letzten Jahren, das konnte ich beobachten, vor allen Dingen auch bei der Entwicklung von Parteienstrukturen in den mittel- und osteuropäischen Ländern einen unverzichtbaren Beitrag geleistet.

Die Nachrichtenagentur dpa hat in dieser Woche sogar von der Konrad-Adenauer-Stiftung als dem Gewissen der CDU gesprochen. Ob ich das einfach so annehmen kann, das weiß ich nicht, aber es ist sicherlich ein Lob und eine Anerkennung.

Meine Damen und Herren, die Fünfzigjahrfeier der Konrad-Adenauer-Stiftung fällt in eine politisch spannende Zeit. Ich muss das hier im Saal nicht erläutern.

Das, was Sie alle jeden Tag hören, stellt Ihr demokratisches Grundgefühl auf eine harte Probe. Und ich möchte Sie dennoch, die Sie sicherlich alle Verfechter einer breiten und freien Diskussion und der Pressefreiheit sind, ermutigen, daran zu glauben, dass binnen einer Woche mit hoher Wahrscheinlichkeit ein gewisses Ordnungsprinzip in all dem, was Sie hören, sichtbar wird. Denn, meine Damen und Herren, ich darf Ihnen berichten, dass wir das Wahlergebnis des Septembers als Parteien ernst nehmen, dass wir den Wählerauftrag umsetzen wollen und uns deshalb ernsthaft, und das gilt für alle beteiligten Seiten, um das Zustandekommen einer Großen Koalition bemühen, die nicht der „kleinste gemeinsame Nenner“ sein darf, sondern die die Probleme dieses Landes in den Blick nehmen und zu einer Lösung führen muss.

Ich sage das nicht, weil ich mich dazu verführen lassen möchte, über das Naheliegende zu sprechen, sondern ich sage das, weil ich glaube, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung natürlich mit dem verbunden ist, was im Augenblick stattfindet: Dass nämlich Meinungen ausgetauscht werden, dass Brücken gebaut werden und dass Lösungsvorschläge erarbeitet werden müssen – und dass sie auch kommuniziert werden.

Demokratie und Freiheit sind eben auch anstrengend. Und alle, die weltweit und auch in Deutschland viele Jahre dafür gekämpft haben, dass es so ist, wissen, dass es keine bessere Gesellschaftsform als die Demokratie gibt.

Meine Damen und Herren, deshalb möchte ich im fünfzehnten Jahr der deutschen Einheit auch ein ganz besonders

herzliches Dankeschön der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Arbeit in der Zeit der Wende sagen. Mit großer Weitsicht sind Sie am 10. November schon in Polen gewesen, aber kurz darauf dann auch in der früheren DDR. Und obwohl Sie Ihr Verhältnis zur Christlich Demokratischen Union niemals enger als nahe bezeichnen, Sie sind eine „parteinah“ Stiftung, verdanke ich doch indirekt, das darf ich heute offen sagen, mein erstes parteipolitisches Amt im Demokratischen Aufbruch der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Ich war damals Mitglied des Demokratischen Aufbruchs und half bei der Vorbereitung der Volkskammerwahl. Der Demokratische Aufbruch hatte einen Vorstand gewählt und auch einen Sprecher. Der Sprecher hatte allerdings die Absicht, bis eine Woche vor der Volkskammerwahl in Dresden seinen beruflichen Tätigkeiten nachzugehen und sich nicht als Sprecher im Wahlkampf zu betätigen. Das wiederum führte dazu, dass der Parteivorsitzende Schnur eines Morgens eine Gruppe von Journalisten der Konrad-Adenauer-Stiftung betreuen sollte, aber zeitlich dazu nicht in der Lage war und zu mir sagte: „Jetzt gehen Sie da hin.“ Ich sagte, dass ich durch nichts legitimiert sei, vor einer so hochrangigen Journalistengruppe der Konrad-Adenauer-Stiftung – die erschien mir schon damals als etwas Ehrwürdiges – aufzutreten. Aber Herr Schnur erklärte im Handstreich, dass ich damit Sprecherin des Demokratischen Aufbruchs sei. So begann eine Karriere, die mich in das Amt einer Regierungssprecherin in der letzten DDR-Regierung führte, und ich danke noch heute der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Organisation dieser journalistischen Veranstaltung!

Seit dieser Zeit, seit dem Ende des Kalten Krieges, spüren wir, dass wieder sehr grundsätzliche Fragen in unserer Gesellschaft aufgeworfen werden. Man muss kein Prophet sein um zu sagen, dass auch die nächsten Jahre davon bestimmt sein werden, dass wir uns sehr grundsätzlich und sehr eingehend mit den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts befassen müssen. Und ich glaube, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung in dieser Frage eine wirklich wesentliche Rolle spielen wird. Lassen Sie mich einige Themen nennen.

Da ist die Frage: Was bedeutet uns das christliche Menschenbild für unsere Politik und was sind die sich daraus ableitenden Grundwerte?



50
SEIT 1955

Was heißt es, dass Demokratie weiter als Schatz verstanden werden und verteidigt werden muss? Was ist die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft in der Zeit der Globalisierung? Und wie kann Deutschland diese Erfolgsgeschichte fortsetzen und wieder mehr Menschen in unserem Land Chancen geben?

Das christliche Menschenbild ist immer Triebfeder und Kompass unseres politischen Handelns gewesen: Der Mensch ist Träger, Schöpfer und Ziel aller gesellschaftlichen Einrichtungen, hat Papst Johannes XXIII. in der Enzyklika Mater et Magistra formuliert. In der fünften These der Erklärung der Bekennenden Kirche wird der Staat auf seinen besonderen Auftrag beschränkt und damit auch der Freiraum der Menschen geschützt. Und unser Grundgesetz sagt in Artikel 1 klar und knapp: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Was zunächst sehr abstrakt klingt, ist in Wirklichkeit konkret, und zwar sehr konkret: Es fordert uns heraus, uns wieder mit den grundlegenden Fragen zu beschäftigen, z. B. mit der Frage nach dem Anfang des Lebens und nach dem Ende des Lebens. Wie begleiten wir das Sterben? Wie zeigen wir den Menschen, dass jede Phase des menschlichen Lebens ein wichtiger Bestandteil der Würde des Menschen ist? Wie gehen wir mit neuen Forschungsmöglichkeiten um? Ich nenne nur das Thema Stammzellenforschung.

Zu diesen Fragen erwarten wir uns Anregungen, erwarten wir uns in den nächsten Jahren bohrende Nachfragen von der Konrad-Adenauer-Stiftung, damit wir dann in der Politik verantwortungsvoll entscheiden können. Diese Entscheidungen werden uns viel abverlangen, aber wir sind bereit, sie zu treffen. Es sind im Übrigen Entscheidungen, die oft fraktionsübergreifend und fraktionsoffen getroffen werden – wahrhaftige Gewissensentscheidungen, bei denen uns das christliche Menschenbild leiten sollte.

Wir müssen auch immer wieder darüber sprechen, wie wir unsere Demokratie verteidigen können. Der Namensgeber dieser Stiftung, Konrad Adenauer, hat entscheidend dazu beigetragen, dass Deutschland eine stabile freiheitliche Demokratie wurde und dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger aktive Mitglieder in der demokratischen Gesellschaft sein konnten.

„Wir brauchen die politischen Stiftungen und wir brauchen die Konrad-Adenauer-Stiftung in ganz besonderer Weise.“

50

„Eine Gesellschaft muss auch Strukturen schaffen, in denen freiheitliches Engagement wachsen kann.“



Ich sage heute: Demokratie wird nicht einfach vererbt. Es muss von Generation zu Generation wieder dafür gearbeitet werden, dass diese Demokratie lebendig bleibt. Und wie eine aktive Bürgergesellschaft im 21. Jahrhundert aussehen soll, darüber müssen wir miteinander sprechen.

Wir haben heute viele feststehende gesetzliche Leistungen. Und angesichts der großen Haushaltsprobleme auf allen Ebenen des Staates werden dann aus meiner Sicht an viel zu vielen Stellen freiwillige Leistungen gekürzt, die aber unerlässlich sind für die aktive Bürgergesellschaft. Ich halte das für bedenklich. Wir werden Bürgerinnen und Bürger nicht ermutigen können, sich zu engagieren, wenn wir sie ganz alleine lassen. Eine Gesellschaft muss auch Strukturen schaffen, in denen freiheitliches Engagement wachsen kann.

Und, meine Damen und Herren, es geht um die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft. Ich hatte mit Bernhard Vogel bei der Diskussion unseres Regierungsprogramms einen kleinen Disput, weil im Regierungsprogramm stand, die Soziale Marktwirtschaft muss sich unter den Bedingungen der Globalisierung behaupten. Bernhard Vogel war der Meinung, das sei zu defensiv. Ich versuchte ihm zu erklären, vermutlich habe ich ihn nicht voll überzeugt, dass es keine Selbstverständlichkeit ist, dass die Soziale Marktwirtschaft, unser Gesellschaftsmodell, sich in einer globalen Welt auch wirklich behauptet.

Wenn wir es ernst meinen mit unserem christlichen Menschenbild, dann dürfen wir dieses christliche Menschenbild nicht nur für uns und nicht nur für Europa in Anspruch nehmen, sondern dann müssen wir uns freuen, dass mehr und mehr Menschen auf der Welt durch Wettbewerb in die Lage kommen, ihr Lebensniveau zu verbessern und mehr Freiheit zu genießen.

Das macht unser Leben nicht unbedingt einfacher, sondern es erfordert von uns, dass wir uns diesem Wettbewerb stellen. Die Frage, ob wir uns bzw. Europa sich in den nächsten Jahren zu einer Festung verbarrikadiert oder ob wir diesen Wettbewerb annehmen, begrüßen und für uns auch vorteilhaft gestalten – diese Frage ist aus meiner Sicht im Augenblick noch nicht entschieden.

Ich sage das nicht, weil ich Pessimismus verbreiten will. Aber ich bin der festen Überzeugung, dass wir unsere Soziale Marktwirtschaft, unseren Ausgleich zwischen Stärkeren und Schwächeren, unser Bekenntnis zu einem Markt, nur werden erhalten können, wenn es uns gelingt, wettbewerbsfähig und innovativ zu sein. Und wenn ich es mir erlauben darf, Herr Bundespräsident, dann heißt das eben: Weil wir teurer sind, müssen wir immer so viel besser sein, wie wir teurer sind. Und dazu müssen wir die Kraft aufbringen.

Das heißt, dass wir alles daran setzen müssen, wieder für mehr Menschen Chancen in unserem Land zu eröffnen. Wir müssen dies in der Bildungspolitik tun. Hier wird die Konrad-

Adenauer-Stiftung eine ganz wesentliche Aufgabe haben, z. B. in der Begabtenförderung. Das heißt aber auch – und darum möchte ich bitten – auch zu versuchen, an junge Menschen heranzukommen, die sich vielleicht nicht von Haus aus für Politik interessieren, das heißt, neue Formen der Ansprache und für Veranstaltungen zu finden.

Ich habe die Sorge, dass sich in unserer Gesellschaft vollkommen neue Widersprüche und Klüfte auftun könnten, die wir heute noch gar nicht sehen. Es ist in der Industriegesellschaft gelungen, im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit weitgehend zu harmonisieren und die notwendigen Institutionen dafür zu finden. Bei heute aber hochmobilem Kapital und bei weniger mobilen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird die Lösung dieses Widerspruchs in Frage gestellt. Deshalb wird man nicht alleine mit den bekannten Strukturen in der bekannten Art und Weise fortfahren können.

Auch in dieser Frage habe ich hohe Erwartungen an die Konrad-Adenauer-Stiftung und setze auf die Impulse, die Sie uns geben. Denn auch das sage ich ganz freimütig: All diejenigen, die in der Tagespolitik fast vollständig beschäftigt sind, brauchen diejenigen, die über den Tag hinaus denken und Anregungen geben.

Meine Damen und Herren, ich habe begonnen mit dem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ich möchte schließen mit dem Dank an diejenigen, die für die Mitarbeiter sowie die Ausrichtung und den Fortbestand in der Stiftung in den vergangenen fünfzig Jahren Verantwortung getragen haben und heute tragen. Damit meine ich insbesondere die Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bruno Heck, Arnold Bergstraesser, Alfred Müller-Armack, Franz Thedieck, Günter Rinsche und heute Bernhard Vogel. Zwei von ihnen sind anwesend.

Wenn ich die Namen der Vorsitzenden Revue passieren lasse, so fällt auf, dass sie alle die Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik verkörpern. Sie alle prägten nicht nur die Stiftung, sondern in ganz herausragendem Maße auch immer die Arbeit der Partei und die öffentliche Debatte. Ihnen allen gebührt unser herzlichster Dank und unsere dankbare Erinnerung!

Günter Rinsche hat als Politiker und als Stiftungsvorsitzender Brücken in Europa gebaut, politisch setzte er sich über Jahre hinweg für die europäische Integration ein – ob als langjähriges Mitglied des Europäischen Parlaments, als Vorsitzender der deut-

schen CDU/CSU-Gruppe oder Vorstandsmitglied der EVP-Fraktion. In seiner Rolle als Vorsitzender trug er, trugen Sie, lieber Herr Rinsche, maßgeblich dazu bei, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung in Ost- und Südosteuropa so präsent und wirkungsvoll wurde, wie sie heute ist. Und angesichts der Bedeutung eines friedlichen und freiheitlichen Europas sind wir Ihnen zu ganz besonderem Dank verpflichtet, denn wir wissen, wie viele Probleme da noch vor uns liegen. Die europäische Einigung wird uns auch in den nächsten Jahren vor viele herausragende Aufgaben stellen. Lieber Herr Rinsche, wo immer Sie uns weiterhelfen können, ist Ihr Rat herzlich willkommen.

Der heutige Vorsitzende, Bernhard Vogel, ist ein Mann, der in besonderer Weise Brücken gebaut hat, vor allem Brücken in unserem eigenen Land. Dieter Althaus, der Ministerpräsident des Freistaates Thüringen, weiß, dass er auf einem guten Fundament aufbauen kann. Bernhard Vogel verbindet als Honorarprofessor und langjähriger Politiker nicht nur politische Wissenschaft und politische Praxis: Bernhard Vogel hat Brücken zwischen Ost und West geschlagen, als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und als Ministerpräsident von Thüringen. Das ist eine einmalige Karriere, deren gesamten Erfahrungsschatz wir jetzt bei Ihnen als Vorsitzendem der Konrad-Adenauer-Stiftung abrufen dürfen.

Lieber Bernhard Vogel, Sie sind Vorbild weit in die Gesellschaft hinein. Sie sind das in der Ihnen eigenen Art, und ich weiß, dass Sie das Wort richtig verstehen: Sie sind ein Mann, der Demut kennt. Ich möchte Sie gerne auffordern, geben Sie dieses Feuer, dieses Ethos, das Ihr politisches Leben und Ihr Leben als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung leitet, noch an viele, insbesondere junge Menschen weiter!

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, meine Damen und Herren, heute ist ein Tag des Mutes und der Zuversicht. Wer auf fünfzig Jahre reiche Erfahrungen und Geschichte zurückblicken kann, der hat auch das Rüstzeug, die Zukunft zu gestalten. Ich bin stolz darauf, Ihnen heute als Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und als Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion meine herzlichsten Glückwünsche überbringen zu können.

Gestalten Sie weiter! Begeistern Sie Menschen, mitzugestalten! Es ist ein Dienst an unserem Land. Wir brauchen die politischen Stiftungen und wir brauchen die Konrad-Adenauer-Stiftung in ganz besonderer Weise.

Herzlichen Dank!

50
SEIT 1955



„In der Bildungspolitik wird die Konrad-Adenauer-Stiftung eine ganz wesentliche Aufgabe haben.“



Ordnungspolitischer Kompass

Nikolaus Schweickart, Vorstandsvorsitzender der ALTANA AG

Im vergangenen Juli unterzog ein renommierter Wirtschaftsjournalist das seiner Ansicht nach „unterphilosophierte“ Wahlprogramm der Union einer harschen Kritik und verband damit die Bemerkung: „Was unterscheidet konservative Politik von liberaler Politik? Was unterscheidet sie vom Ektismus der Linken? Das sind für die Union heute nur noch Feiertagsfragen, geeignet allenfalls für Festreden bei der Konrad-Adenauer-Stiftung“.

Damit immerhin machte dieser Journalist einer mit der Stadt Frankfurt verbundenen Sonntagszeitung deutlich, dass als eigentlicher Ort politischer Grundlagenreflexion in diesem Land eine Veranstaltung wie die heutige anzusehen ist. Das muss jedem Festredner schmeicheln, setzt ihn aber zugleich unter Druck. Ich vermag mich diesem Druck allenfalls insofern zu entziehen, als ich hier nicht über das Proprium christlich-demokratischer oder konservativer Politik nachzudenken habe, sondern die künftige Rolle der Konrad-Adenauer-Stiftung bei der Wahrung und Weiterentwicklung dieses Propriums thematisieren werde: ein ordnungspolitischer Kompass – eine Vision für die Zukunft.

Ganz ohne Grundlagenreflexion wird das allerdings nicht gehen. Wenn ich gerade erklärt habe, die künftige Rolle der Stiftung ins Zentrum meiner Ausführungen zu stellen, so ist damit zugleich deutlich gemacht, worüber ich nicht zu sprechen gedenke. Jubiläen sind Anlass für vergewissernden Rückblick und sondierende Vorausschau. Für den Rückblick jedoch sind Andere geeigneter als ich. Ich bin nicht hierher gekommen, um Zensuren für geleistete Arbeit zu vergeben – auch wenn ich selbstverständlich um die großen Verdienste und Erfolge der Konrad-Adenauer-Stiftung weiß.

Das Bild einer möglichen Zukunft der Konrad-Adenauer-Stiftung, das zu entwerfen ich gerne bereit bin, ist das Bild eines unternehmerisch tätigen Staatsbürgers, der sich über die Beschäftigung mit Bilanzen, Kapitalmarktkennzahlen und der langfristigen Schaffung von Werten jenseits des optimierten Shareholder Values den Blick für die res publica zu bewahren sucht. Dieser Blick ist von außen auf die Stiftung gerichtet,

allerdings nicht von der Plattform eines Außenseiters, sondern von der eines politisch engagierten Unternehmers und Managers, der seit 40 Jahren Mitglied einer politischen Partei, der CDU, ist – übrigens einer der ganz wenigen unter den Vorstandsvorsitzenden der DAX30-Unternehmen – und sich zu dieser Mitgliedschaft auch bekennt.

In dem Zerrbild des heimatlosen, aussaugenden Turbo-kapitalisten, das Vertreter einer der Adenauer-Stiftung fern stehenden Partei von Unternehmern entworfen haben, in diesem Zerrbild erkenne ich mich – aber auch die allermeisten meiner Kollegen – nicht wieder. Ich verstehe mich und auch das von mir geführte Unternehmen, die ALTANA AG, als Teil der Polis, als Akteur einer Freiheitsordnung, von deren langfristiger Stabilität wir alle profitieren.

Kurzum: Mir ist als Mann der Wirtschaft der Zustand unseres Gemeinwesens nicht gleichgültig und deshalb werde ich hier von dieser für die Bundesrepublik Deutschland so historischen Stätte vor allem darüber nachdenken, welchen Beitrag die Konrad-Adenauer-Stiftung zur Entwicklung unserer Freiheitsordnung leisten kann.

Sie alle kennen Helmut Schmidts etwas verächtliches Dictum über Visionen. Wenn ich meinen Vortrag dennoch unter diesen Leitbegriff stelle, will ich damit nicht meine medizinische Behandlungsbedürftigkeit anzeigen, sondern meiner Überzeugung Ausdruck verleihen, dass man Handlungsnotwendigkeiten nur dann überzeugend vermitteln kann, wenn man eine Idee, eine Vorstellung von Zukunft besitzt, die sich erklären und darstellen lässt und aus der sich konkrete Ziele ableiten lassen.

Gestatten Sie mir hierzu ganz pragmatisch einen Blick auf die Startbasis, auf die gegenwärtige Struktur der Stiftung, also einen nüchternen kaufmännischen Blick auf den im Jahresbericht ausgewiesenen Haushalt der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Von den rund 100 Millionen Euro, die der Stiftung in 2004 zur Verfügung standen, entfielen 35 Millionen auf Personal- und Verwaltungskosten. Damit blieben 65 Millionen für die Projektarbeit der Stiftung. Davon wiederum waren etwa 50 Mil-

lionen dem Bereich Internationale Zusammenarbeit und 9,5 Millionen Euro der Begabtenförderung zugewiesen. Die verbleibenden 5,5 Millionen teilten sich die Bereiche Politische Bildung, Wissenschaftliche Dienste sowie Politik und Beratung.

Berücksichtigt man darüber hinaus die regionalen Schwerpunkte der Internationalen Zusammenarbeit lässt sich – zugegeben etwas provokativ – sagen, dass es sich bei der Konrad-Adenauer-Stiftung von heute um eine Trägerorganisation politischer Entwicklungshilfe mit einigen beigeordneten Arbeitsbereichen handelt.

Bitte verstehen Sie mich nicht falsch. Die überaus erfolgreiche internationale Arbeit der Stiftung etwa in der Begleitung der Demokratisierungsprozesse in Spanien, Portugal, Chile, Fern-Ost und anderen Ländern ist mir sehr wohl bewusst. Und als Vorstandsvorsitzender eines Unternehmens, dessen Auslandsanteil am Geschäftsvolumen über 80 Prozent beträgt, wäre ich der Letzte, der die Notwendigkeit, in den Kategorien internationaler Zusammenhänge zu denken, gering schätzen würde. Dennoch ist die eben dargelegte Aufteilung des Haushalts für den Außenstehenden überraschend. Sie ist vor allem deshalb überraschend, weil man angesichts der Herausforderungen, vor denen unser Land heute steht, vermuten würde, dass den auf Deutschland bezogenen Schwerpunkten größeres Gewicht im Gefüge der Stiftung zukommt.

Natürlich will ich damit nicht andeuten, dass es sich inzwischen auch bei Deutschland um ein Entwicklungsland handelt. Wenn man den Begriff des Entwicklungslandes aber im übertragenen Sinne versteht, als Bezeichnung eines Landes, das die in ihm angelegten Entwicklungschancen noch nicht zur vollen Entfaltung gebracht hat, das hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibt, das noch vor dem Aufbruch steht – dann ließe sich durchaus an Deutschland denken. Dann ließe sich aber auch mit einigem Recht fragen, ob es nicht geboten ist, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung die Zukunft des eigenen Landes wieder stärker ins Zentrum ihrer Arbeit stellt. Dass man dabei internationale Bezüge nicht ausblenden kann, ist in Zeiten entgrenzter und vernetzter Welt selbstverständlich.

Der verehrte Herr Bundespräsident hat die Situation Deutschlands bei der Begründung seiner Entscheidung, den Deutschen Bundestag aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen, mit schonungsloser Klarheit benannt. Damit ist der Prospekt beschrieben, auf den sich jedes Nachdenken über die Zukunft der

Konrad-Adenauer-Stiftung beziehen muss. Betrachtet man die geistige Situation des bürgerlichen Lagers – also jene möglicherweise schwindenden breiten gesellschaftlichen Schichten, die den Kern der Anhängerschaft der Christlich Demokratischen Union ausmachen – so fällt auf, wie sehr das christlichdemokratische Lager die semantische Deutungshoheit ureigener Begriffe an die politischen Kräfte der Gegenseite verloren hat. Die Sozialdemokratisierung der Politik, ja der Gesellschaft, ist schleichend, aber nachhaltig fortgeschritten. Das Koordinatensystem, das Leitbegriffe und Leitüberzeugungen spiegelt, hat sich merklich verschoben. Ludwig Stiegler erläutert einer staunenden Öffentlichkeit die soziale Marktwirtschaft, Franz Müntefering bezeichnet das Reformprogramm der Union als Verrat an der Katholischen Soziallehre und Gerhard Schröder erklärt die SPD zur Partei der Sozialen Gerechtigkeit – und wir dürfen sicher sein, dass die Erbwalter des sozialdemokratischen Traditionsvereins diesen semantischen Eroberungsfeldzug fortsetzen werden. Im Gegenzug müsste vielmehr die christlich-demokratische Seite nun den Kampf um Begriffe, um ihre Deutungshoheit aufnehmen.

- Sie müsste, ja sie muss deutlich machen, dass der Stiegler'sche Staatsinterventionismus nicht das Geringste mit dem Erhard'schen Erfolgsmodell sozialer Marktwirtschaft zu tun hat,
- Sie müsste deutlich machen, dass Müntefering Solidarität mit Bevormundung verwechselt und völlig übersieht, dass im Mittelpunkt der Katholischen Soziallehre der freiheitsbegabte, mit personaler Würde ausgestattete und damit zu eigenverantwortlichem Handeln fähige Mensch steht und nicht der die Segnungen des Staates empfangende Untertan.
- Und sie müsste deutlich machen, dass ein System, das die Fiktion der Gleichheit auf dem Rücken von fünf Millionen Arbeitslosen und kommenden Generationen aufrechterhält, in keiner Weise sozial gerecht ist.

Statt dessen jedoch geht – in weiten Teilen – das bürgerliche Lager in die Defensive, weicht zurück, jongliert mit überholten Vorstellungen – kurzum lässt sich von der anderen Seite Begriffe nehmen, ohne diese selbst zu definieren und zu aktualisieren. Sicher ist die Barrikadenstürmerei, zu der ein bekannter Wissenschaftler und Publizist vor einiger Zeit aufgerufen hat, bürgerlicher Lebenshaltung wesensfremd. Das kann aber nicht heißen, sich seines Propriums kampfflos zu begeben. Die Gründungspersonalitäten, der aus den materiellen aber auch moralischen Trümmern

50
SEIT 1955



„Ein ordnungspolitischer Kompass – eine Vision für die Zukunft“



unseres Landes geborenen Union, haben mit Leidenschaft für diese Überzeugung gekämpft, weil sie am eigenen Leibe erfahren haben, was es heißt, in Unfreiheit zu leben.

Das gilt insbesondere auch für Konrad Adenauer. Bei aller notwendigen taktischen Biegsamkeit im Einzelnen hat der Namenspatron der Stiftung, deren Jubiläum wir heute feiern, nie den weltanschaulichen und geistigen Horizont aus dem Blick verloren, der den Fluchtpunkt seines politischen Handelns bildete. Im Mittelpunkt seines Denkens steht der von Gott geschaffene und zum Schöpfen begabte Mensch und die Bewahrung seiner nicht nur von außen, sondern gerade auch von innen heraus bedrohten Freiheitsräume. Adenauers frühe Reden nach dem Krieg lesen sich auch heute noch wie ein Fanal gegen die romantisch verklärte, im Kern freiheitsopfernde Vorstellung eines allzuständigen bevormundenden Staates.

Ich zitiere aus einer Rede, die Konrad Adenauer im März 1946 im Nordwestdeutschen Rundfunk gehalten hat: „Das deutsche Volk krankt seit vielen Jahrzehnten in allen seinen Schichten an einer falschen Auffassung vom Staat, von der Macht, von der Stellung der Einzelperson. Es hat den Staat zum Götzen gemacht und auf den Altar erhoben. Die Einzelperson, ihren Wert und ihre Würde hat es diesem Götzen geopfert...“

Hier finden Sie den Ausgangspunkt ordnungspolitischen Denkens: Im Mittelpunkt der Politik steht der Mensch und nicht der Staat. Der Staat verteidigt die Freiheit des Einzelnen gegen Übergriffe von außen und schafft durch seine Ordnung Gestaltungsräume der individuellen Freiheit. Auch die Marktwirtschaft ist ein solcher Gestaltungsraum individueller wirtschaftlicher Freiheit, in dem die Fortschrittskräfte des Wettbewerbs von staatlichen Fesseln befreit und zugleich vor marktverzerrenden Kräften geschützt werden. Gerecht ist eine solche Ordnung dann, wenn niemand von der Wahrnehmung seiner Freiheitsmöglichkeiten ausgeschlossen wird und diejenigen, die aus eigener Kraft nicht zur Freiheitswahrnehmung in der Lage sind, durch die Gemeinschaft dazu ertüchtigt werden. Sie ist aber ungerecht, wenn sie durch umverteilende Intervention die individuelle Ungleichheit von Menschen einzuebnen versucht und damit Fortschrittsstreben erstickt.

Bereits in seinen hellsichtigen „Betrachtungen über die Demokratie in Amerika“ hat der große französische Staatsdenker Alexis de Tocqueville die Gefahren einer egalitären Erosion demokratischer Staaten erkannt und dagegen bekannt:

„Ich aber behaupte, dass es nur ein wirksames Mittel gibt, um die Übel, die die Gleichheit hervorbringen kann, wirksam zu bekämpfen: die politische Freiheit“.

In den offenkundigen Schwierigkeiten bei manchen Vertretern der Union, eine solche Freiheitsordnung politisch auszubuchstabieren und das ordnungspolitische Erbe der Partei mit der nötigen Wortmacht offensiv zu artikulieren, sehe ich die große Herausforderung für die künftige Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

50

„Die Konrad-Adenauer-Stiftung der Zukunft sollte sich verstehen als das intellektuelle Fundament für eine christlich-demokratische Erneuerungspolitik.“



„Ich sehe die Konrad-Adenauer-Stiftung der Zukunft als einen Motor der Veränderung.“

Die Konrad-Adenauer-Stiftung der Zukunft sollte sich verstehen als das intellektuelle Fundament für eine christlich-demokratische Erneuerungspolitik unseres Landes und den Kampf um die Deutungshoheit politischer Leitbegriffe führen. Sie muss die geistige Avantgarde des bürgerlichen Lagers versammeln und ihr Entfaltungsmöglichkeiten geben. Auf diese Weise kann das christlich-demokra-



tische Lager auch Persönlichkeiten, auch junge Leistungsträger gewinnen, die sich durch Ambiente und Rituale einer Ortsverbandssitzung – sagen wir in Reinickendorf oder Bonn-Poppelsdorf – nicht zwingend ansprechen lassen. Sie muss – wenn Sie mir diesen bildlichen Ausflug in das Bauwesen gestatten – durch ihre Grundlagenarbeit das ordnungspolitische Feld planen, auf dem sich dann die für unser Land notwendigen Reformgebäude errichten lassen. Aber auch an den Bauplänen dieser Gebäude muss die Stiftung mitarbeiten. Künftige der wegweisenden Arbeit der Herzog-Kommission vergleichbarer Diskussionsprozesse über konkrete politische Reformnotwendigkeiten wie die sozialen Sicherungssysteme, die Arbeitsmarktverfassung oder die Unternehmensverfassung angesichts globaler Märkte sollten in Zukunft durch die Stiftung initiiert, moderiert und formuliert werden. Kurz: Deutschland braucht einen christlich-demokratischen Think Tank und nicht irgendeinen!

Hierzu sollte sich die Stiftung auch an der erfolgreichen Arbeit ausländischer Think Tanks orientieren: an der Heritage Foundation in den USA und deren Einfluss auf das Regierungsprogramm der Reagan-Administration – Stichwort: Mandate for Leadership –, oder am Centre for Policy Studies in England unter Keith Joseph, das als intellektueller Wegbereiter der Thatcher-Revolution gilt oder auch am „Wissenschaftlichen Institut“ des niederländischen CDA, das mit kleiner Besetzung ganz maßgeblich daran beteiligt ist, den langfristigen Kurs christlich-demokratischer Politik in den Niederlanden zu bestimmen.

Folgt die Konrad-Adenauer-Stiftung diesen Beispielen, muss ihre Arbeit weniger auf akademische Sachstandserhebung ausgerichtet sein als vielmehr auf progressive Themensetzung, die auf politische Entscheidungsträger und deren Umfeld zielt. Mit der Veröffentlichung einer „Internen Studie“ oder gar der Organisation eines Kongresses wird die eigentliche Arbeit nicht abgeschlossen, sondern beginnt erst.

Ich sehe die Konrad-Adenauer-Stiftung der Zukunft als einen Motor der Veränderung, die – in langfristigen und nicht in tagespolitischen Dimensionen denkend – Politik mit weltanschaulichem und wertorientiertem Visier vorantreibt und nicht nachträglich wissenschaftliche Begründungen für möglicherweise inkonsistentes politisches Handeln liefert. Analytiker und Analysten haben wir genug in unserem Land.

Die Stiftung muss sich m. E. – und damit nehme ich den Titel meines Vortrages auf – als ordnungspolitischer Kompass begreifen, der christlich-demokratischer Politik geistige Richtung und Orientierung gibt, als eine politische Stiftung, die vorausdenkt.

Lassen Sie mich kurz einige Bereiche benennen, in denen eine solche geistige Orientierung durch die Konrad-Adenauer-Stiftung

wichtig wäre:

- Die Stiftung sollte christlich-demokratische Leitplanken formulieren über die künftige Rolle des Staates – und zwar ganz im Sinne des eben von mir genannten Adenauer-Zitats. Wie viel Staat ist notwendig, um Freiheit in Ordnung zu sichern, und wo beginnt staatliche Intervention bürgerlicher Freiheitsentfaltung den Atem zu nehmen? Es geht also um das richtige Maß an Staat und nicht um die Abschaffung des Staates, wie wahlkämpfende Sozialdemokraten dem vermeintlich kalt marktradikalen bürgerlichen Lager immer wieder vorwerfen.
- Die Stiftung sollte nachdenken und Position beziehen zur Rolle der Gesellschaft, der Civil Society. Wie kann diese Gesellschaft als Verantwortungsgemeinschaft gestaltet und gestärkt werden, die vom Prinzip der Subsidiarität geleitet, aufgrund größerer Sachnähe eigenverantwortlich und ohne staatliche Bevormundung Angelegenheiten ihres unmittelbaren Lebenskreises regelt.
- Dieser doch sehr gegenwartsbezogenen Gesellschaft muss der Gedanke einer Zukunftsgemeinschaft vermittelt werden, deren Verantwortung sich nicht in Bestandsicherung und Besitzstandswahrung erschöpft, sondern auch die Zukunftschancen kommender Generationen berücksichtigt. Und wie lässt sich in einer immer stärker durch Individualisierung gekennzeichneten Gesellschaft mit einer stark eigennützigen Orientierung richtig verstandene Solidarität beleben – nicht als Bevormundung, sondern als Ermächtigung und Ertüchtigung derjenigen, die das Tor zum „Garten der Freiheit“ (Paul Kirchhof) aus eigener Kraft nicht aufstoßen können.
- Die Stiftung sollte nachdenken und Positionen formulieren über die Rolle von Unternehmen und ihr Verhältnis zu Politik und Gemeinwesen. Damit meine ich nicht das „Sponsoring“ von örtlichen Schwimmbädern oder Sportveranstaltungen – so wichtig auch das sein mag –, sondern sehr viel fundamentaler die Beteiligung von Unternehmen und Unternehmern am Diskurs über die Fortentwicklung unserer Freiheitsordnung und Wissensgesellschaft. Unternehmen sind gestaltende Träger unserer Zivilgesellschaft; als solche haben sie eine ethische Verpflichtung, als Good Corporate Citizen die zivilisatorische und kulturelle Qualität des Gemeinwesens mit zu gestalten und zu finanzieren. Auch Unternehmen – so könnte man in Abwandlung des bekannten Böckenförde-Zitats sagen –



leben von Voraussetzungen, die sie selbst nicht geschaffen haben und die sie nicht garantieren können – zu deren Stabilität sie aber sehr wohl einen Beitrag leisten können.

- Die Stiftung sollte nachdenken über die künftige Ausformulierung globaler Ordnungspolitik. Wenn der Staat im Zuge der Globalisierung nicht mehr alleiniger Ort und Garant eines ordnungsethischen Rahmens ist, stellt sich die Frage, wie sich das Prinzip der „Lebensdienlichkeit“ des Marktes – so die Formulierung von Wilhelm Röpke –, aber auch der Schutz der für wirtschaftliche Freiheitsbetätigung grundlegenden Institute wahren lässt, insbesondere des Eigentums und damit auch des geistigen Eigentums in einer Wissensgesellschaft. Ebenso ginge es um die Herausforderung, die von der Gier Einzelner hervorgerufenen Verwerfungen internationalen Wirtschaftslebens zu begrenzen und auszuschlachten. Hier wäre insbesondere der mögliche Beitrag von Unternehmen zu einem Konzept des „verantwortlichen Kapitalismus“ im Ordnunggefüge der Sozialen Marktwirtschaft (USA: *compassioned capitalism*) zu thematisieren. Nicht nur Eigentum verpflichtet, auch Erfolg verpflichtet.

- Die Stiftung sollte in diesem Zusammenhang auch nachdenken über die Entwicklung ethischer Prinzipien unter den Bedingungen der Globalisierung. Am Beispiel der biotechnologischen Forschung lässt sich deutlich machen, wie die Entgrenzung wirtschaftlichen Handelns und die damit verbundene nahezu freie Standortwahl ethische Grenzen in unserem Kulturraum unterlaufen können. Wenn beispielsweise die embryonale Stammzellenforschung in Deutschland verboten, in Korea, China und möglicherweise in Kalifornien erlaubt ist oder wird, ergibt sich für forschende internationale Unternehmen und Organisationen, die in die abendländische Werteordnung eingebunden sind, eine gewaltige Konfliktsituation. Wie lassen sich grundlegende ethische Prinzipien vor diesem Hintergrund wahren, also die Ethik globalisieren, und gleichzeitig mit den Notwendigkeiten forschungsgetriebenen Fortschritts versöhnen?

- Schließlich könnte und sollte die Stiftung über die künftige Funktion von Eliten für unsere Gesellschaft nachdenken. Bewusst berücksichtigen Sie bei der Auswahl der Stipendiaten Ihres Begabtenförderwerks nicht nur die fachliche Qualifikation, sondern vor allem auch das gesellschaftliche Engagement und die moralische Integrität. Ein solches Eliteverständnis – Leistungs- und Verantwortungselite – verdient in einer Gesellschaft, die den Begriff der Elite vorwiegend materiell und damit überaus kurzsichtig definiert, sehr viel größere Verbreitung.

Betrachte ich die unterschiedlichen Bereiche der Stiftung, so sehe ich die Funktion eines ordnungspolitischen Kompasses am ehesten in der Hauptabteilung „Politik und Beratung“, dem Think Tank der Stiftung, aufgehoben. Noch nimmt dieser Bereich – so will mir scheinen (Haushalt) – eine eher randständige Rolle ein. In meinem Stiftungsmodell der Zukunft würde ich ihn vom Rand ins Zentrum rücken und die anderen Bereiche nicht monolithisch daneben stellen, sondern auf dieses Zentrum beziehen. Mir schwebt, wenn Sie so wollen, ein integriertes Stiftungsmodell vor. Lassen Sie mich dieses kurz anhand der unterschiedlichen Bereiche erläutern:

Der Bereich Internationale Zusammenarbeit sollte künftig erfolgreiche Reformmodelle im Ausland hinsichtlich der Übertragbarkeit einzelner Elemente auf Deutschland analysieren und im permanenten Dialog mit deutschen Politikern entsprechende Empfehlungen formulieren und kommunizieren: Vom Export demokratischer Regeln zum Import praktizierter Zukunftsprofile. Das setzt allerdings auch Außenstellen in Ländern voraus, die in dieser Hinsicht besonders interessant sind, also etwa in Skandinavien und vielleicht sogar in Neuseeland. Darüber hinaus sollte sich dieser Bereich darum bemühen, die bereits existierende Zusammenarbeit mit internationalen Think Tanks des bürgerlichen Lagers stark auszubauen. Insgesamt gilt für die Internationale Zusammenarbeit, dass sie stärker auf die strategischen deutschen Interessen ausgerichtet werden und weniger die Aufgabe verfolgen sollte, Traditionen und kulturelle Sympathien zu pflegen.

Der Bereich Politische Bildung müsste die künftig von der Stiftung entwickelten Leitbegriffe und Reformansätze sowie deren ordnungspolitische Begründung in den Mittelpunkt seiner Arbeit stellen. Dabei wird es insbesondere darum gehen, jene zu erreichen, die vor Freiheit und Eigenverantwortung zurückschrecken. Bildungsarbeit ist in diesem Kontext auch als „Ermutigung zur Freiheit“ zu verstehen. Darüber hinaus sollten Landes- und Bundespolitiker stärker als bislang Adressaten der politischen Bildungsarbeit der Stiftung sein. Die Immunität, die der Abgeordnete durch sein Mandat erlangt, bezieht sich schließlich nicht auf die Notwendigkeit lebenslangen Lernens. Ganz konkret muss es darum gehen, den Mandatsträgern der Union zu einer ordnungspolitischen Argumentationsfähigkeit zu verhelfen, ohne die sich die Auseinandersetzung um Leitbegriffe nicht führen lässt.

Ein ehemaliger Ministerpräsident berichtete mir einmal von einer Fabrikbesichtigung im Osten unseres Landes kurz nach der Wende. Ein Arbeiter habe ihn bei dieser Gelegenheit gefragt, wozu man eigentlich Privateigentum brauche. Besagter Ministerpräsident war in der Lage, zu diesem Thema stehenden Fußes eine Vorlesung zu halten, aber ich fürchte, dass zu viele Politiker des bürgerlichen Lagers diese Frage aus dem Stegreif nicht schlüssig beantworten können. Und Gleiches dürfte für andere Grundbegriffe freiheitlicher Ordnung gelten. Idealerweise müsste jeder Parlamentskandidat also vor seinen ersten Auftritten, das Angebot der Konrad-Adenauer-Stiftung annehmen, seine politische Diskursfähigkeit zu trainieren.

Auch der Bereich der Begabtenförderung hätte in meiner Stiftung der Zukunft eine erweiterte Aufgabe: Ich bin der Auffassung, dass Stipendiaten und Altstipendiaten, die in diesem Bereich betreut werden, sehr viel stärker in die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung einbezogen werden sollten. Insbesondere sollten sie beteiligt werden am Nachdenken über Zukunftsfragen und als Multiplikatoren für die von der Konrad-Adenauer-Stiftung entwickelten Reformprogramme. Der Arbeitskreis „Junge Außenpolitik“, der Stipendiaten mit erfahrenen außenpolitischen Experten und Praktikern zusammenbringt, ist hier wegweisend.

Das Potenzial der Stipendiaten wird bislang noch unzureichend genutzt, obwohl diese vielleicht besonders geeignet sein könnten, in Alternativen zu denken und die in jeder gefestigten Institution von Zeit zu Zeit auftretende Betriebsblindheit zu überwinden. Auch die Arbeit des Bereichs Wissenschaftliche Dienste lässt sich auf den inhaltlichen Kern einer künftigen Stiftung beziehen. Die

Historische Forschung etwa sollte das Konzept der „sozialen Marktwirtschaft“ und deren Klassiker sowie Protagonisten zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit machen. Auch damit könnte ein Beitrag geleistet werden, den Begriff nicht der beliebigen Ausweitung durch andere politische Richtungen preiszugeben.

Um diese Ziele erreichen zu können, sollte sich die Stiftung – operativ – vom Konzept des großen Apparates trennen und sich auf eine sehr viel schlankere Organisation hochqualifizierter Mitarbeiter stützen, die themenbezogen und zeitlich befristet um „Fellows“ aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft ergänzt werden. Mit dem Ideal des Öffentlichen Dienstes lässt sich eine solche Stiftungsorganisation nur noch bedingt vereinbaren. Daher, so meine Vorstellung, sollte die Konrad-Adenauer-Stiftung auch mit dem Begriff der „Stiftung“ ernst machen und sich durch ein professionell und international angelegtes Fundraising um den Aufbau eines echten Stiftungsvermögens bemühen. Dadurch wird die Abhängigkeit von öffentlichen Mittelzuweisungen mit ihren einschränkenden Auflagen zurückgeführt und langfristig aufgehoben. Dadurch lassen sich gleichzeitig Freiräume sowohl für die Rekrutierung besonders hochqualifizierter Absolventen wie für eine eindeutiger weltanschaulich und wertorientierte Arbeit schaffen – eben für einen christlich-demokratischen Think Tank. In meiner Vision kann eine solche vorausdenkende Stiftung, will sie Wirkungsmacht erzielen und Leuchtkraft erzeugen, nicht vom Staat und den Regeln der öffentlichen Hand abhängig sein; sie muss von der Zivilgesellschaft im Verbund mit der Mutter-Partei getragen werden.

Freiräume zu schaffen ist aber nicht nur eine Frage der Arbeits- und Gestaltungsbedingungen, sondern auch eine der Kultur einer Organisation, die – wie in dieser politischen Stiftung – in 50 Jahren entstanden ist, sich entwickelt und verfestigt hat. Ähnliches gilt für Unternehmen, bei denen allerdings der Veränderungsdruck – durchaus im Unterschied zu einer Stiftung – von Wettbewerb und vom Markt ausgeht und daher kräftiger ist.

Ein runder Geburtstag ist eine gute Gelegenheit, in die Reflexion über die eigene Zukunft nicht nur das äußere Gewand, die thematische Orientierung, sondern auch die schöpferische Zerstörung etablierter Formen und Strukturen im Schumpeter'schen Sinne einzubeziehen.

Herr Vorsitzender, ich gratuliere der Konrad-Adenauer-Stiftung zu ihrem 50-jährigen Bestehen. Ich wünsche ihr eine andere und gleichzeitig eine gute Zukunft. Das Land braucht sie.

Ich danke Ihnen.



„Bildungsarbeit ist auch als Ermutigung zur Freiheit zu verstehen.“



Orientierung auf die Zukunft

Bernhard Vogel, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

„Ein Rückblick hat nur dann Sinn, wenn durch ihn die Ansätze künftiger Entwicklungen bloßgelegt werden und er damit der Zukunft dient“, so Konrad Adenauer, dessen Namen die Stiftung seit 1964 trägt.

In der Tat: Der Rückblick auf 50 Jahre Konrad-Adenauer-Stiftung soll Ansätze künftiger Entwicklungen bloßlegen, soll der Zukunft dienen, soll Impulse geben für die künftige Entwicklung der Stiftung.

Sie, verehrter Herr Bundespräsident, Sie, verehrte Frau Dr. Merkel, und Sie, verehrter Herr Dr. Schweickart, haben in Ihren Beiträgen wichtige Akzente für ein in die Zukunft gerichtetes Denken und Handeln gesetzt. Ihre Worte zum 50-jährigen Stiftungsjubiläum sind – frei nach Kurt Tucholsky – „Grüße nach vorn“. Dafür sind wir Ihnen besonders dankbar. Der Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung besteht darin, die Zukunft – die Zukunft unseres freiheitlichen und demokratischen Gemeinwesens – zu ihrem Thema zu machen. 50 Jahre Konrad-Adenauer-Stiftung heißt vor allem Orientierung auf die Zukunft.

In einer gegenwartsfixierten Gesellschaft ist diese Aufgabe nicht einfach, aber umso notwendiger. Viele Menschen fühlen sich verunsichert: Sie wissen, dass sich vieles grundlegend ändern muss, wenn wir unsere bewährte Ordnung für die Zukunft wetterfest machen wollen, wenn Deutschland im internationalen Wettbewerb bestehen will, wenn wir neue Arbeitsplätze schaffen und den notwendigen Wandel unserer Sozialstruktur bewältigen wollen.

Die Menschen sind durchaus zu Veränderungen bereit, aber sie haben zugleich Angst vor der Zukunft. Der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, Jochen Bohl, hat es anlässlich der beeindruckenden Weihe der

Dresdner Frauenkirche am letzten Sonntag [31. Oktober 2005] zutreffend gesagt: Weil derzeit „so etwas wie eine Angststarre auf dem Land“ liegt, braucht es nichts nötiger als einen „Wandel der Mentalitäten“ hin zu einer „Orientierung auf die geistliche Dimension des Lebens“.

Umso wichtiger ist es, Leitideen und Zukunftsvorstellungen zu entwickeln. Wer durch Täler führen will, muss die Gipfel vor Augen haben, den Weg zum Ziel kennen und über einen verlässlichen Kompass verfügen.

Warum wurde die Stiftung vor 50 Jahren gegründet? Warum hat sie sich aus sehr bescheidenen Anfängen mit einer Handvoll Beschäftigter zu einer großen, aus dem politischen Leben nicht mehr wegzudenkenden, weltweit engagierten Institution mit vielen Standorten und heute über 500 deutschen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und über 300 Ortskräften im Ausland entwickelt? Über welche Potentiale verfügt sie heute? Und welche Schlussfolgerungen für die Zukunft sind zu ziehen?

Vor 50 Jahren, am 20. Dezember 1955, traf sich hier in Bonn, im alten Bundeshaus, der ehemaligen Pädagogischen Akademie, im Dienstzimmer des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Heinrich Krone, ein Kreis von Persönlichkeiten, um einen Verein ins Leben zu rufen, der staatsbürgerliche Bildung auf christlich-demokratischer Grundlage vermitteln sollte.

Am 27. Januar 1956 wurde die „Gesellschaft für Christlich-Demokratische Bildungsarbeit“ unter der Nummer 1327 in das Vereinsregister beim Bonner Amtsgericht eingetragen: die Urzelle der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die um Heinrich Krone Versammelten – unter ihnen Bruno Heck und Konrad Kraske – wollten Zukunftssicherung und Zukunftsvorsorge: durch Festigung des demokratischen

Gedankens in breiten Kreisen der Bevölkerung, durch Erziehung zur Demokratie. Sie wollten politisch interessierten Nachwuchs gewinnen und ihn für die Idee der christlich-demokratischen Bewegung begeistern, wollten ihn motivieren, Verantwortung in Staat und Gesellschaft zu übernehmen.

Die Union stand im Zenit ihrer innen- und außenpolitischen Erfolge. 1953 hatte man die absolute Mehrheit der Mandate, 1957 sogar die absolute Mehrheit der Stimmen gewonnen. Die Bundesrepublik war in Folge der Pariser Verträge souverän geworden. Sie war der NATO beigetreten. Im September 1955 erreichte Konrad Adenauer die Freigabe der letzten zehntausend Kriegsgefangenen und Zivilverschleppten aus der Sowjetunion. Wirtschaftlich war ein Aufschwung ohnegleichen zu verzeichnen.

Trotzdem – trotz aller Erfolge – dachte man über den Tag hinaus. Die Gründer der Konrad-Adenauer-Stiftung sorgten sich, ob die die sozialen Schichten übergreifende und interkonfessionelle Volkspartei in der geistigen Auseinandersetzung mit materialistischen und sozialistischen Strömungen, mit dem Zeitgeist bestehen könne.

Das Thema des ersten Seminars in Eichholz im Dezember 1956 galt der Sozialpolitik. Man dachte grundsätzlich, man wollte sich der geistigen Auseinandersetzung annehmen.

Der Gedanke, Politische Stiftungen im Umfeld der im Bundestag vertretenen politischen Parteien zu gründen, war neu, ungewöhnlich und kühn. Man wollte sicherstellen, dass die politischen Grundströmungen in der Bundesrepublik Deutschland berücksichtigt und entsprechend vermittelt werden.

Man wollte die Nähe der Stiftungen zu den politischen Parteien, aber man wollte ihre Unabhängigkeit und Selbstständigkeit. Angela Merkel spricht in ihrem Beitrag in der „Politischen Meinung“ von einem „besonderen Verhältnis, das durch Unabhängigkeit und Nähe gekennzeichnet ist“.

Man hatte die Erfahrungen der Weimarer Republik vor Augen und wollte nicht noch einmal ein Vakuum zwischen demokratischer Verfassung und distanzierter Bürgerschaft entstehen lassen. **Der freiheitliche Staat soll Grundwerte nicht vorgeben, aber dafür sorgen, dass sie sich entfalten können und dass sie vermittelt werden.**



50
SEIT 1955

Die Politischen Stiftungen – so hat es Roman Herzog formuliert – leisten „eine politische Arbeit, die aber ... von den Zwängen der Tagespolitik befreit ist. [Sie] erarbeiten langfristige Konzeptionen und tragen so zur Weiterentwicklung der Demokratie bei.“

Die deutschen Politischen Stiftungen sind Einrichtungen sui generis, in ihrer Form weltweit einzigartig. Sie geben für die Erfordernisse einer globalisierten und dynamisierten Welt ein Beispiel, das Schule machen sollte.

Ich glaube, es ist nicht vermessen zu sagen: Wären die Politischen Stiftungen nicht entstanden, wäre die Konrad-Adenauer-Stiftung nicht vor 50 Jahren gegründet worden, man müsste sie heute neu erfinden! Die Politischen Stiftungen bieten – gerade in der Verknüpfung ihrer vielfältigen Arbeitsbereiche – ein wertvolles Instrumentarium, die Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens unter veränderten Bedingungen politisch gestaltbar zu machen, sie tragen dazu bei, unsere Mitverantwortung für die europäische und die internationale Welt zu verwirklichen.

„Ausgangs- und Orientierungspunkt für die Konrad-Adenauer-Stiftung“, so heißt es in den Leitlinien der Stiftung, „ist das christliche Verständnis vom Menschen als Geschöpf Gottes in seiner Gleichwertigkeit, Verschiedenartigkeit und Unvollkommenheit. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität verpflichtet. Auf dieser Grundlage neuen Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu werden ist wichtig für die Zukunft der christlich-demokratischen Bewegung in Deutschland, in Europa und vielen Ländern der Welt.“

Schrittweise haben sich nach 1955 die heutigen Aufgabenfelder der Stiftung entwickelt und sich den erheblichen Veränderungen in Deutschland, Europa und der Welt angepasst. Am Anfang stand die politische Bildungsarbeit, später ergänzt und verstärkt durch ein Institut für Kommunalwissenschaften (1970). Schon sehr bald begann die Stiftung, entwicklungspolitische Aufgaben wahrzunehmen (1962) – zunächst vor allem in Lateinamerika. Die Studienförderung kam hinzu (1965), ein eigenes Institut für Sozialforschung entstand (1967), ein früher Vorläufer der heutigen Hauptabteilung „Politik und Beratung“.

„Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität verpflichtet.“

50

„Aus kleinen Anfängen hat sich eine beachtliche internationale Vernetzung entwickelt.“



Libeth Werhahn-Adenauer,
jüngste Tochter von Konrad Adenauer

Eine weitere, für die inhaltliche Arbeit der Stiftung zentrale Einrichtung kam 1976 mit dem „Archiv für Christlich-Demokratische Politik“ hinzu, das auf Initiativen von Heinrich Krone und Helmut Kohl zurückgeht.

1978 beginnt die journalistische Nachwuchsförderung. Ende August 2005 haben wir den Lokaljournalistenpreis zum 25. Mal verliehen, der öffentliches Bewusstsein schaffen soll für Leistung und Qualität im Lokaljournalismus.

Heute gewinnt unsere politische Bildungsarbeit eine neue Dimension. Ihre Inhalte müssen neu bestimmt werden. „Vorauswissen ist Macht“, sagt Robert Jungk. Es versetzt politisch Handelnde in die Lage zu wissen, was zu tun ist. Die Kenntnis der Realität, das frühzeitige Erkennen langfristiger Entwicklungen, die Bereitschaft zu Neuem setzt Nachdenken und Urteilsfähigkeit voraus.

Die politische Bildung muss Zukunftswissen vermitteln, Orientierung geben, Blockaden aufbrechen, Mitwirkung einüben, die geistige Bereitschaft wecken, sich mit den Grundfragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens auseinander zu setzen und christlich-demokratische Politik von den historischen und geistigen Wurzeln her zu begründen.

Sie muss sich darüber hinaus zwei gravierenden Problemen stellen: dem beträchtlichen Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit von Politik und der Verunsicherung der Menschen in einer Welt, die sich schnell und fundamental wandelt.

Die Bildungszentren Eichholz und Wendgraben, die internationale Begegnungsstätte Villa La Collina – inzwischen als nationale Gedenkstätte anerkannt –, die 16 Bildungswerke in Deutschland haben den Auftrag, quer durch alle soziale Schichten und Altersgruppen daran mitzuwirken, selbstbewusste Demokraten heranzubilden.

Die Begabtenförderung wird ihr 40-jähriges Bestehen heute Nachmittag in einer eigenen Veranstaltung begehen. Sie betreut zur Zeit circa 1.700 Stipendiaten, ein Viertel davon ausländische Studierende. Talente zu entdecken, sie zu fördern und sie auf die Übernahme von Verantwortung in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, in den Medien, in der Kultur vorzubereiten, ist aktueller und bedeutsamer als je zuvor. Demokratie braucht Eliten, Begabung verpflichtet.

Aus kleinen Anfängen hat sich eine beachtliche internationale Vernetzung entwickelt. 450 Altstipendiaten wirken als Professoren an Universitäten und wissenschaftlichen Einrichtungen im In- und Ausland. Rund 30 Bundestagsabgeordnete,



Dieter Althaus, Ministerpräsident von Thüringen, und Anke Fuchs, Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung

zehn Europaabgeordnete, Mitglieder des Bundesvorstandes der CDU, zwei amtierende Ministerpräsidenten, mehrere Landesminister, aber auch viele Kabinettsmitglieder in ausländischen Regierungen sind Altstipendiaten der Stiftung.

Dem designierten Bundeskabinett werden drei Altstipendiaten angehören. Weltweit haben wir inzwischen zehntausend Stipendiaten gefördert.

Talente entdecken und fördern wollen wir auch mit der Arbeit unserer Kulturabteilung. Die Autorenwerkstatt ist dafür nur ein Beispiel. Der Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung wird im Jahr 2006 – wie immer in Weimar – zum vierzehnten Mal verliehen und hat längst über die Grenzen Deutschlands hinaus Ansehen erworben.

„Politik und Beratung“ bündelt Kompetenzen, entwirft Expertisen, denkt auf Vorrat und will ein „Frühwarnsystem“ für politische Entscheidungsträger sein, ein Relais zwischen Wissenschaft und Politik, zwischen Unternehmern und Gewerkschaftern, Kirche und Politik. Die Konrad-Adenauer-Stiftung will Ideen zusammenführen, Kontroversen austragen, Impulse geben, schöpferische Ideen weitertragen. Die Zusammenarbeit und der Austausch von Wissen mit kollegialen Einrichtungen, mit „Think Tanks“ in der ganzen Welt ist uns wichtig. „Ideen vernetzen“ möchten wir gerne als Markenzeichen beanspruchen.

Dafür drei Beispiele: die alljährliche Tagung „Medizin–Ethik–Recht“, auf der Grundsatzfragen interdisziplinär von Medizinern, Ökonomen, Juristen, Historikern und Theologen diskutiert werden. Oder: Indem wir Sozialethiker beider Konfessionen zu einem Gesprächskreis zusammenführen und eine neue Definition der Grundprinzipien der christlichen

Soziallehre versuchen. Aber auch umfangreiche Projekte zur Zukunft der jungen Länder.

In der „Internationalen Zusammenarbeit“ wollen wir helfen, Konflikte zu vermeiden, den Menschenrechten und der Freiheit zum Durchbruch zu verhelfen, rechtsstaatliche Strukturen aufzubauen, in Diktaturen oppositionelle demokratische Kräfte unterstützen und sie auf die Regierungsübernahme vorbereiten. Unser Prinzip ist es, Institutionen und Organisationen in unseren Gastländern ein fairer Partner zu sein.

In Lateinamerika hat unsere internationale Arbeit begonnen. Heute wirken wir im gleichen Sinn stabilisierend und strukturbildend auch in Afrika und in steigendem Umfang in Asien. Vor allem der Dialog mit anderen Kulturen und Religionen rückt immer mehr in den Mittelpunkt. Ein besonderes Aufgabenfeld ist uns seit 1989 in den ostmitteleuropäischen Staaten, in Russland und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion und inzwischen auch auf dem Balkan erwachsen.

Unser „Archiv für Christlich-Demokratische Politik“ dient seit 30 Jahren in wachsendem Umfang der Sammlung und Auswertung von Quellen für alle, die sich mit Zeitgeschichte befassen. 18 Kilometer Archivmaterial, 200.000 historische Aufnahmen, 20.000 politische Plakate – auch aus der Zeit der Weimarer Republik –, 1.500 Filme umfassen inzwischen unsere Bestände.

Wir wollen das Gedächtnis der christlich-demokratischen Idee sein. Dem dienen viele unserer wissenschaftlichen Publikationen. Allein die Reihe „Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte“ hat seit 1980 46 Titel vorzuweisen. Zahlreiche Veröffentlichungen für ein breites Publikum kommen hinzu.

50

„Die Stiftung muss ihre Themen und die Schwerpunkte ihrer Arbeit mit Sorgfalt auswählen.“

Wir wollen nicht zulassen, dass wir die Deutungshoheit über Begriffe verlieren, die Teil der Tradition und der politischen Erfolge der christlich-demokratischen Bewegung sind. Als Beispiel sei die Soziale Marktwirtschaft genannt, die inzwischen auch von ihren ursprünglichen Gegnern vereinnahmt wird und ihre klaren Konturen zu verlieren droht.

Auch der vorgestern [3. November 2005] zum vierten Mal verliehene Preis Soziale Marktwirtschaft – diesmal an einen erfolgreichen Mittelständler, Hans Bruno Bauerfeind, der nach der Wiedervereinigung in seine ostdeutsche Heimat zurückgekehrt ist und ein weltweit tätiges Unternehmen aufgebaut hat – soll in diesem Sinne ein Zeichen setzen.

Den Herausforderungen unserer Zeit gerecht werden, Orientierung auf die Zukunft heißt unser Auftrag. In allen unseren Arbeitsbereichen orientieren wir uns an den Grundwerten der christlichdemokratischen Idee. Sie in der Gesellschaft zu verankern, sie als Bezugspunkt für Identität und Zusammenhalt in einer Zeit einzubringen, in der sich vielerorts – in der Familie, in den Kirchen, in den Schulen, bei Forschung und Innovation, in der Biotechnologie zum Beispiel, in der Kultur, in den Kommunen, auch in den Volksparteien – das Verbindende abzuschwächen scheint, ist dies die übergreifende Stiftungsaufgabe.

Nicht Tagespolitik, sondern mittel- und langfristige gesellschaftspolitische Themen von grundsätzlicher Bedeutung sind das primäre Arbeitsfeld der Stiftung. Dazu gehören die Stärkung der Demokratie, die Soziale Marktwirtschaft und die internationale Kooperation. Das Vertrauen der Bürger in die Politik muss gestärkt werden. Die Stiftung muss sich noch deutlicher als bisher als eine profilbildende und Entscheidungsfördernde Kraft erweisen, als eine Kraft, die bürgergesellschaftliches Engagement für das Gemeinwesen stärkt.

Sie sucht die Auseinandersetzung mit den Grundfragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Sie muss christlich-demokratische Politik von den historischen und geistigen Wurzeln her begründen.

Die Stiftung steht vor großen Aufgaben, aber gerade darum darf sie sich nicht übernehmen. Sie muss ihre Themen und die Schwerpunkte ihrer Arbeit mit Sorgfalt auswählen. Wir können einiges, wir trauen uns eine ganze Menge zu, aber manches können wir auch nicht, und manches können andere besser als wir.

50 Jahre Konrad-Adenauer-Stiftung ist die Aufforderung, zu neuen Ufern aufzubrechen, der Zukunft zu dienen, Neues zu wagen, Grenzen zu überschreiten. Wer eine gefestigte Überzeugung hat, wer über eine lebendige Tradition verfügt, kann sich das zutrauen. Ich sehe hier im Saal viele, die diese Tradition im besten Sinne verkörpern, und viele, auf denen die Hoffnungen der Stiftung und der christlich-demokratischen Bewegung ruhen. Man muss sie alle ermutigen, die Zukunft Deutschlands entschlossen zu ihrer Sache zu machen.

Von Francis Bacon, dem englischen Philosophen, der in einer Zeit der Entdeckungen viel über Fortschritt und Erneuerung nachgedacht hat, stammt der Satz: „Die sind schlechte Entdecker, die denken, da sei kein Land, wo sie nichts sehen als Meer.“

Wer einen Kompass und verlässliche Karten hat, wer see-tüchtige Schiffe hat und einen guten Steuermann – es kann auch eine Steuerfrau sein – sieht nicht nur Meer, sieht auch neue Ufer, sieht am Horizont ein modernes, leistungsstarkes, soziales und humanes Deutschland.

Deshalb sage ich zum 50. Geburtstag der Konrad-Adenauer-Stiftung: „Plus ultra“, weiter, darüber hinaus – mit vollen Segeln voraus.

Vielen Dank, dass Sie unsere Gäste sind!





50
SEIT 1955

Foren



Forum I

40 Jahre
Begabtenförderung

Markenzeichen

40 Jahre Begabtenförderung heißt 40 Jahre Talente entdecken und fördern

„Talente entdecken – Talente fördern“ ist das Motto der Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung, die im Jahr des 50-jährigen Jubiläums der Stiftung auf 40 Jahre erfolgreiche Elitebildung zurückblicken konnte.

Schon die Gründungsväter der Konrad-Adenauer-Stiftung haben die Bedeutung der jungen Generation als Zielgruppe für die Arbeit der Stiftung betont. Politische Bildung, das war für sie auch und nicht zuletzt die demokratische und staatsbürgerliche Bildung junger Menschen im Sinne christlich-demokratischen Gedankenguts. Die beginnenden gesellschaftlichen Umbrüche in den 1960er Jahren trugen entscheidend dazu bei, dass namhafte Repräsentanten der CDU im Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung, in den Kultusministerien und in der Wissenschaft übereinkamen, einen neuen Arbeitsbereich in der Stiftung mit dem Ziel einzurichten, hochbegabte und charakterlich geeignete junge Menschen wissenschaftlich zu fördern. Zu ihnen zählten der Bundesminister für Familie und Jugend, Bruno Heck, der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, Paul Mikat, und sein Kollege aus Baden-Württemberg, Wilhelm Hahn. Entscheidenden Anteil an der Konzeption und Gründung der Begabtenförderung hatte von wissenschaftlicher Seite der Freiburger Politikwissenschaftler Arnold Bergstraesser, von 1958 bis 1964 erster Vorsitzender der Politischen Akademie Eichholz.

Seit die Begabtenförderung 1965 ihre Arbeit aufnahm, wird die materielle Förderung Studierender von einem ideellen Förderprogramm begleitet, das auf den Grundsätzen der christlichen Demokratie beruht. Aufgabe dieses Programms war und ist es bis heute, den Stipendiaten auf der Grundlage des christlich-demokratischen Verständnisses vom Menschen und der Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit ein vertieftes Wissen der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und verfassungsrechtlichen Grundlagen unseres Landes zu vermitteln. Es weiß sich damit dem Gedanken der Interdisziplinarität verpflichtet. An den Hochschulorten unterstützten Vertrauensdozenten von Anfang an die Stipendiaten, standen als Ansprechpartner zur Verfügung und sorgten dafür, dass die Stipendiatengruppen sich zu einem regelmäßigen Austausch trafen.

Dieses Grundkonzept ging von Anfang an auf und bestimmt auch heute noch als Markenzeichen die Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Gemeinsame Seminare legten den Grundstein für viele Freundschaften über die Stipendiatenzeit hinaus und sind so eine wichtige Grundlage für das Ehemaligen-Netzwerk. Von seinen bescheidenen Anfängen Ende der 1960er Jahre hat es

sich bis heute zu einem starken kooperativen Netzwerk entwickelt. Ihm gehören nunmehr fast 10.000 ehemalige Stipendiatinnen und Stipendiaten im In- und Ausland an, die sowohl untereinander wie auch zur Konrad-Adenauer-Stiftung Kontakte pflegen. Sie üben hochrangige und verantwortungsvolle Tätigkeiten in Wirtschaft, Gesellschaft und Bildung, in Medien, Kultur, Rechtswesen und Wissenschaft aus und wirken in herausragenden Positionen in der Bundes- und Landespolitik. Darüber hinaus bringen sie ihr Wissen und ihr Know-how in die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Begabtenförderung ein, sei es als Referenten bei Veranstaltungen, als Berater bei Projekten und neuen Aufgaben oder als Prüfer bei Tagungen, in denen neue Stipendiatengenerationen ausgewählt werden. Hier zeigt sich der Erfolg einer Förderung, die ganz wesentlich Wert auf gesellschaftliches und ehrenamtliches Engagement legt und zur Übernahme von Verantwortung in Staat und Gesellschaft motivieren will.

Die Zahl der Altstipendiaten zeigt: Die Geschichte der Begabtenförderung ist gleichzeitig die Geschichte ihres Wachstums. Waren es 1969 noch 56 Stipendiatinnen und Stipendiaten, die aus 750 Bewerbungen in die Förderung aufgenommen wurden, so lag die Zahl 1979 schon bei 1.600. Und was mit der Deutschen Studentenförderung 1965 begann, wurde im Laufe der Zeit zu einem mehrstöckigen Haus: 1969 entstand die Deutsche Graduiertenförderung. Ihr folgten 1970 die Ausländerförderung und 1979 die Journalistische Nachwuchsförderung. Im Jahr 2000 wurde als bislang letztes Stockwerk die Abteilung Berufsorientierung/Berufsförderung eingezogen. Als Reaktion auf die geänderten Bedingungen in der Berufs- und Arbeitswelt soll die Abteilung helfen, die beruflichen Startchancen der zurzeit zwischen 1.700 und 1.800 Stipendiaten zu verbessern und das Ehemaligen-Netzwerk noch stärker als bisher für Praktika- und Job-Suchende zu nutzen.

Die qualifizierte Eliteförderung von Stipendiatinnen und Stipendiaten bleibt auch in Zukunft Hauptaufgabe der Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Hinzu kommt als wesentliche Kernaufgabe, die Zusammenarbeit zwischen Altstipendiaten, Stipendiaten, Vertrauensdozenten und der Konrad-Adenauer-Stiftung weiter zu entwickeln, um die wechselseitigen Potenziale zum allseitigen Erfolg effektiver zu nutzen.



Verantwortung übernehmen

Christoph Böhr, Stv. Vorsitzender der CDU Deutschlands

Christoph Böhr ist sich sicher: „Keine Gesellschaft kommt ohne Eliten aus.“ Der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU formulierte im Forum „Talente entdecken, Talente fördern – 40 Jahre Begabtenförderung“ deutliche Thesen. Aufgabe von Eliten sei die Wahrung der Identität und die Förderung von Innovationen, besonders in Zeiten des Wandels. Mehrfach beklagte Böhr, Eliten würden sich heute meist auf eine der beiden Aufgaben konzentrieren. Die Folge: „Wir haben eine ausschließlich selbstverschuldete Selbstblockade.“

Studiengebühren – nicht für Stipendiaten?

Bernhard Vogel, der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, widmete sich konkret der Begabtenförderung. Er machte deutlich, dass die finanzielle Lage von Stipendiaten immer schlechter wird. Inzwischen bekommen 24 Prozent von ihnen wegen des geringen Einkommens der Eltern ein Vollstipendium – Tendenz steigend. Nur noch weniger als die Hälfte, nämlich 45 Prozent, erhalten dank eines guten Auskommens nur das Büchergeld. Vogel leitete daraus eine überraschende Forderung ab: Stipendiaten sollten von Studiengebühren befreit werden. Denn sonst müsse die Stiftung auf das normale Stipendium noch die Studiengebühren drauflegen. Bei eh schon knappen Kassen bedeute das, immer weniger neue Stipendiaten aufnehmen zu können.

Politik muss für Eliten wieder attraktiv werden

Bei der anschließenden Podiumsdiskussion wünschte sich die stellvertretende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Beate Neuss, „Studenten, die früh begreifen, dass sie Verantwortung für die Gesellschaft tragen müssen und nicht nur für ihre eigene Karriere und ihren Geldbeutel arbeiten.“ Sie bemängelte die Fragmentierung von Eliten. So sei es für die Wirtschaftselite nicht mehr reizvoll, in die Politik zu gehen. Und seit dem Kirchhof-Debakel traue sich auch kein Professor mehr in die Politik.

Zum Abschluss zitierte Moderator Wolfram Weimer, Chefredakteur von „Cicero“ und Altstipendiat, aus dem Buch „Eliten in einer egalitären Welt“ von Malte Herwig: „Wenn jeder sein Bestes gibt, dann gehören wir alle zur Elite.“



Begabtenförderung als christliche Aufgabe

S. E. Mario Fernández, Botschafter der Republik Chile

In einer offiziellen Darstellung der Zielsetzung der Studenten- und Graduiertenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung ist zu lesen: „Die Stiftung orientiert sich bei der Förderung von Stipendiaten an einem Verständnis vom Menschen, das durch christlich-demokratische Wert- und Ordnungsvorstellungen geprägt ist. Maßstab für die fachliche Qualifikation sind die zum Zeitpunkt der Bewerbung erbrachten und während der Förderung zu erbringenden Leistungen, die einen überdurchschnittlichen akademischen Abschluss erwarten lassen. Zusätzlich legen wir Wert auf Persönlichkeitsmerkmale wie Aufgeschlossenheit für neue Fragestellungen, Mut zum eigenen Standpunkt, Toleranz gegenüber Andersdenkenden, Fähigkeit zum Dialog und zum interdisziplinären Austausch.“

Zu ihrem 40-jährigen Bestehen kann die Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung auf eine sehr positive Bilanz hinsichtlich der eingangs erwähnten Ziele zurückblicken. Nicht nur gab es in diesem Zeitraum annähernd 10.000 Stipendiaten – diese beeindruckende Zahl schließt annähernd 2.000 ausländische Stipendiaten ein –, sondern über die für eine Bewerbung geforderten Voraussetzungen haben diese Tausende von jungen Leuten in der Wissenschaft, in der Kultur, in der Politik und in der Sozialarbeit auf der Grundlage ihres christlich-humanistischen Idealismus gewirkt.

Ich persönlich habe das Privileg, ein Zeugnis dieses Beitrages der Konrad-Adenauer-Stiftung abzulegen und erlauben Sie mir, mich kurz auf diesen Punkt zu beziehen.

Am 5. September 1973 hat mir die Konrad-Adenauer-Stiftung in Santiago de Chile mitgeteilt, dass ich ein Postgraduiertenstipendium für die Bundesrepublik Deutschland erhalten hätte. Eine Woche später, am 11. September 1973, beendete ein Staatsstreich nicht nur die sozialistische Regierung Salvador Allendes, sondern brach brutal mit der langen demokratischen Tradition Chiles.

Abrupt veränderte sich das Bild meines Heimatlandes und damit auch die Motivation und die zwei Ziele, die mich dazu gebracht hatten, mich für das Stipendium zu bewerben: Die Promotion in den Politischen Wissenschaften als Weiterbildung im Rahmen meiner schon in Jura begonnenen akademischen Laufbahn und der Aufenthalt in der damals noch jungen Demokratie Deutschlands, um aus der Nähe die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Nachkriegszeit kennen zu lernen, sahen sich von einem Tag auf den anderen in Frage gestellt durch die neue Herausforderung, nämlich einer Diktatur in meinem Land zu begegnen und die Wiederherstellung der Demokratie und des zivilisierten Zusammenlebens der Chilenen mit vorzubereiten.

Trotz ihrer Dimension wurden diese Vorsätze erfüllt. Einerseits hatte ich das Privileg, als Mitglied der christdemokratischen Partei und später als Staatssekretär, Minister und Botschafter Protagonist des Übergangs zur Demokratie und ihrer Konsolidierung zu sein. Gleichzeitig konnte ich als Professor der Rechts- und Politischen Wissenschaften meinen wissenschaftlichen Beitrag in Chile leisten. Für beide Aufgaben spielte meine akademische Ausbildung in Heidelberg, die ich dank des Stipendiums der Konrad-Adenauer-Stiftung erhielt, eine sehr wichtige Rolle.

Meine Erfahrung ist denen einer ganzen Generation junger Chilenen und anderer Lateinamerikaner sehr ähnlich, die in den 70er Jahren ein Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung erhielten. Von meinen Landsleuten haben alle Stipendiaten aus dieser Zeit Verantwortung in der Politik, Wirtschaft und Wissenschaft übernommen. Sie waren Minister, Staatssekretäre, Abgeordnete, Rektoren, Dekane. Seit der Rückkehr Chiles zur Demokratie im Jahr 1990 sind vier der fünf Botschafter in Deutschland früher Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung gewesen.

Mit diesem persönlichen Zeugnis erlaube ich mir, zu diesem feierlichen Jubiläum drei Überlegungen über die Ziele der Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung in unserer Zeit anzustellen:

1. Die Gültigkeit der christlichen Werte zur Erhellung der Politik
2. Die Gültigkeit der christlichen Werte zur Erhellung der Wissenschaft
3. Die christliche Sichtweise des internationalen wissenschaftlichen Austausches

1. Heutige Politik – Fortwährendes Christentum

Kann es heutzutage eine christliche Sichtweise der Politik geben? Nicht nur der wachsende Laizismus, der sich in den modernen Staaten ankündigt, sondern auch der Relativismus, der die Moderne charakterisiert, tragen mit einem enormen Gewicht in den Kommunikationsmedien und in den Institutionen für Sozialisation dazu bei, die christlichen Prinzipien in eine Ecke mit Rückständigkeit und Nutzlosigkeit zu stellen.

Nicht wenige Christen oder christliche Institutionen, die sich als solche bezeichnen, tragen im Namen eines falsch verstandenen Pluralismus oder einer falsch verstandenen Toleranz zu einer solchen Stigmatisierung bei. Tatsächlich sind die christlichen Werte Opfer der „Intoleranz der Toleranten“. Und das im Namen des Laizismus, der sich mit dem Verbot des Christentums als Voraussetzung einer toleranten Gesellschaft durchsetzen will. Oder besser gesagt, was für ein Paradox, der Tolerante ist der, der verbietet, was er als intolerant erachtet.

Leider beruht dieses gesamte kulturelle Konstrukt unserer Zeit auf dem schlimmsten Feind überhaupt: auf Unwissenheit. Unwissenheit im Allgemeinen und Unwissenheit über das Christentum. Wie sagt doch ein Heiliger des 20. Jahrhunderts: „Es ist nicht wahr, dass ein Leben als guter Katholik und als loyales Glied der bürgerlichen Gesellschaft sich widerspre-

chen, wenn sie ihre legitime, jeweilige Autorität zur Erfüllung der ihnen von Gott aufgetragenen Sendung ausüben.“

In anderen Worten drückt es der Vorsitzende des Evangelischen Kirchenrats Deutschlands, Bischof Huber, in einer seiner jüngsten Veröffentlichungen aus: „Die wechselseitige Unabhängigkeit von Staat und Kirche schließt Kooperation nicht aus, sondern ein.“

Besonders seit dem II. Vatikanischen Konzil und dem ökumenischen Geist, der sich in den letzten Jahrzehnten unter den Christen verbreitete, ist nicht nur die Teilung der religiösen und politischen Dimensionen klar, sondern auch die Existenz und Vertiefung der Toleranz zwischen verschiedenen Glaubensrichtungen und Gläubigen und Nicht-Gläubigen.

Daher ist das nicht das Problem; wer es aber so darstellen möchte, kann nur das Ziel verfolgen, Verwirrung zu stiften und der Debatte die Bedeutung zu geben, die Christen der Intoleranz beschuldigen zu wollen.

Sicher ist aber, dass die grundlegende Frage nicht ist, ob die christlichen Werte für das politische Leben gültig sind, denn darüber besteht kein Zweifel, sondern wie sich diese Gültigkeit in unserer Zeit ausdrückt. Diese Fragestellung betrifft im Wesentlichen die Christen und bezieht sich auf das in der Konsequenz daraus folgende Thema: Nach seinem Glauben handeln.

Es ist einfach, in christlicher Sprache zu reden. Zu sagen, dass man auf der Suche nach Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ist, bedeutet das Aufzählen von Allgemeinplätzen, die niemand verneint und denen niemand widerspricht. Andererseits gehört die Debatte über die Wege und technischen Instrumente zur Erreichung all dieser Ziele zu der gesunden demokratischen Routine, Blickwinkel, Herangehensweisen, programmatische Präferenzen oder persönliche Zugehörigkeiten gegenüberzustellen.

Oder besser gesagt, rein rhetorisch und technisch gesehen ist es in den gegenwärtigen Zeiten möglich, Christ zu sein. Jedoch ist die Entsprechung im Bereich des korrekten



Verhaltens nicht so klar. Im täglichen Leben in Übereinstimmung mit den christlichen Werten zu handeln, wird in dieser Epoche, die von den Darstellungen durch die Kommunikationsmedien und der Bemessung des „politisch Korrekten“ geprägt ist, auf die Probe gestellt. Wir sehen, wie das Alltägliche angesichts jener Anforderungen an die Außenwirkung eine verschwommene Definition hat, bis sie frei von jeder epistemologischen oder religiösen Spur ist.

Daher prägt der Mangel an Glaubwürdigkeit die moderne Politik. Die Leute vertrauen keinen Politikern, die sagen, was sie nicht praktizieren, oder an das glauben, was sie weder sagen noch praktizieren. Diese zeitgenössische Wesensart ist besonders bei den Christen stark ausgeprägt und ihre Überwindung ist eine zentrale Herausforderung für uns, die wir von den christlichen Werten motiviert handeln. Das ist eine neue Realität der letzten zwei Jahrzehnte. Im Europa der Nachkriegszeit und im Nordamerika der 60er und 70er Jahre war die Konsequenz klarer, sie wurde sogar als „Idealismus“ charakterisiert.

Es lohnt heutzutage die Mühe, sich zu fragen, ob jener Idealismus derer, die Europa, die freiheitlichen Bürgerrechte und die Menschenrechte wiederherstellten, mehr Wert hatte als der in unseren Zeiten so moderne „Realismus“ oder der „Pragmatismus“.

Ich komme auf die Anforderungen an jene zurück, die sich um ein Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung bewerben: „...Verständnis vom Menschen, das durch christlich-demokratische Wert- und Ordnungsvorstellungen geprägt ist.“ Was bedeutet „geprägt“? Dies unterliegt einem Unterscheidungsmerkmal des Menschen, das ganz offensichtlich Teil seiner Seele, seines Geistes ist. Es wird nicht gefordert, dass dieser Mensch dies „annimmt“ oder damit „sympathisiert“, sondern dass er davon geprägt ist, was dem Familienleben, der Bildung, der Kirche, der Universität entspringt und in den Überzeugungen verankert ist.

Wie findet man solch eine Prägung heraus? Eher als durch die beigebrachten Unterlagen oder durch die Erklärungen entnimmt man sie dem Verhalten. „Durch ihre Taten werdet Ihr sie erkennen“, sagt der evangelische Satz. Ich möchte mir selbst antworten. Auf die Frage, die ich gerade formuliert habe: „Haben die christlichen Werte in der heutigen Politik Gültigkeit?“ Ja. Wie äußert sich diese Gültigkeit? Durch das Verhalten derer, die die Geschicke der Gesellschaft lenken wollen, aber vor allem durch das Verhalten jedes Einzelnen bei seiner Aufgabe, die er Tag für Tag verrichtet. Paradoxerweise ist nichts konkreter und wirklicher als die Arbeit jedes einzelnen, die nach den christlichen Werten durchgeführt wird. Wie einmal gesagt, so „materialisiert sich das geistliche Leben“. Demnach ist es möglich, heute die christliche Herausforderung in der komplexen Welt, in der wir leben, anzunehmen. Gemäß den Lehren des Evangeliums hängt dies eher von der Bereitschaft und der Entscheidung zum Handeln als zum Reden ab.

2. Christentum und Wissenschaft – Die Freiheit als Bindeglied

Kann man von einer christlichen Sichtweise in der Wissenschaft und in der Kunst sprechen? In der Welt von heute scheint diese Frage fehl am Platz zu sein. Man würde sagen: Das Wesentliche des wissenschaftlichen und künstlerischen Handelns ist die Freiheit und jedes Vorhandensein von Werten würde heißen, in dieses Handeln einzugreifen und wäre demzufolge nicht zulässig. Diese Aussage ist augenscheinlich zutreffend und bettet sich in Webers Tradition der „wertfreien



Wissenschaft“ ein. Tatsächlich handelt es sich aber um eine Aussage voller Vorurteile. Die Freiheit jeder einzelnen Person befindet sich im Kern des Christentums und die Freiheit des Wissens und der Ausübung von künstlerischen Talenten sind Aspekte der Freiheit überhaupt. Daher gibt es nicht Christlicheres als die Ausübung der Freiheit, denn die menschliche Natur selbst ist das Maß, in dem sie sich ohne begrenzende Verzerrungen der Wahrheit und der Berichtigung ihrer Arbeit entwickelt. In einer religiösen Dimension tritt die Suche nach der Wahrheit, die die Aufgabe des Wissenschaftlers ist, der Wahrheit selbst gegenüber, bei der es sich um Gott handelt. Aber dies gilt für die Glaubenden. Andererseits fördert das Christentum den Respekt vor der Freiheit aller Menschen, was sich auch auf das akademische Leben bezieht. Die Universität ist für alle da; sie ist ein Ort des Studiums, der Freundschaft und des friedlichen Zusammenlebens von Menschen verschiedener Denkrichtungen, die immer den legitimen Pluralismus ausdrücken.

Hinsichtlich der Ziele liegt der christliche Sinn des Wissens, zusammen mit der freien Suche nach der Wahrheit, im Beitrag zum Allgemeinwohl. Die Freiheit birgt Verantwortung in sich und das in einem doppelten Sinn: Verantwortung für sich selbst, für die eigene Arbeit, und Verantwortung für die anderen, die Gesellschaft, das Allgemeinwohl. Papst Benedikt XVI., damals noch Professor Ratzinger, schrieb vor fast vier Jahrzehnten: „Christ sein bedeutet wesentlich den Übergang von Sein für sich selbst in das Sein füreinander.“ Dies gilt in seiner Gänze für die Bildungsaufgabe der Universitäten. Daher sollte sich die Begabtenförderung nicht nur an den guten Studienergebnissen der Stipendiaten und ihrem politischen und sozialen Engagements orientieren, sondern auch an dem gesellschaftlichen Nutzen ihrer universitären Qualifikation. Es geht nicht darum, zukünftige akademische und berufliche Egoisten zu fördern, sondern Menschen, die ihre Kenntnisse und Talente mit anderen, mit der Gesellschaft, mit dem Allgemeinwohl teilen.

3. Christentum, Globalisierung und akademischer Austausch

Gibt es eine christliche Sichtweise des internationalen wissenschaftlichen Austausches? Auch das scheint in unserer heutigen Zeit eine unangemessene Frage zu sein. Die Globalisierung sei neutral und daher würden all ihre Ausdrucksformen einer technischen Logik entsprechen – sei sie politisch, ökonomisch, humanitär oder rein wissenschaftlich. Die qualitativen Kriterien stützen sich auf horizontal von Religionen, Ethnien, Philosophien und Regionen beeinflussten Prinzipien. Es sind die in den internationalen Verträgen errichteten Prinzipien, die Zeugnis von einer pluralistischen und integrierenden Welt ablegen.

All das ist richtig. Aber es schließt nicht die Anerkennung einer christlichen Prägung dieses Phänomens aus, sowohl hinsichtlich seines Ursprungs als auch hinsichtlich seiner Praxis. Natürlich kennt die Bedingung der Würde des Menschen keine Grenzen. Hinter dem Euphemismus „Austausch“ steht das mächtige Prinzip, dass alle Menschen über die Unterschiede in der Physiognomie oder der unterschiedlichen Herkunft aus menschlichen Gebilden wie Staat, Nation oder regionalen Zusammenschlüssen hinaus gleich sind. „Alle Menschen besitzen eine gleiche Natur und einen gleichen Ursprung“. Außerdem ist „Austausch“ ein zunehmend anachronistischer Ausdruck in dem Maße, in dem die Mittel, derer sich die wissenschaftliche Kommunikation bedient, durch nationale Grenzen weder bestimmt noch beschränkt werden. E-Mail und die zunehmend qualitative Gleichwertigkeit der wissenschaftlichen Institutionen in der Mehrheit der Länder reduzieren den Begriff „Austausch“ auf den nationalen formalen Ursprung der Wissenschaftler und Studierenden (für die zudem die nationale Identität eine immer unwichtigere Rolle spielt). Kommen wir auf diesen Punkt der zunehmenden Gleichheit der Länder im wissenschaftlichen Bereich zurück.

Wenn im Ursprung des „Austausches“ – die wesentliche Gleichheit aller Menschen – eine christliche Prägung vorhanden ist, dann ist diese auch in dem Begriff „internationale Kooperation“ zu verzeichnen, hinter dem sich die bis vor zwei Jahrzehnten so wichtige Entwicklungshilfe verbirgt.

Die Enzyklika „Mater et Magistra“ von Papst Johannes XXIII. von 1961 plädierte für die Behandlung des Themas der Vielfalt der Völker auf internationaler Ebene anhand der Förderung von Vereinigungen und Institutionen, die denen der bereits auf nationaler Ebene existierenden ähneln sollten. Die Solidarität – und nicht das Interesse – ist der Wert, der eine internationale Hilfe aus christlicher Sichtweise erlaubt. In Übereinstimmung mit der Tugend der Solidarität beschränkt sich diese Hilfe nicht auf materielle Güter, sondern erfolgt anhand der „Übermittlung der spirituellen Güter“ in Richtung auf das Produkt der Wissenschaft und Kunst.

Als ich vor mehr als drei Jahrzehnten das Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung erhielt, waren Deutschland und Chile sehr unterschiedliche Länder. Chile war ein Entwicklungsland mit einer alten, partiellen und ausgelaugten Demokratie, die kurz davor stand, in sich zusammenzusinken. Deutschland war bereits ein entwickeltes Land mit einer jungen und vitalen Demokratie und einer durch die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges noch beschränkten Souveränität. In der Politik war keines der beiden Länder perfekt, im sozioökonomischen Bereich wiesen sie jedoch enorme Unterschiede auf.



Die Kooperation bzw. der damalige bedeutende akademische und wissenschaftliche Austausch war ganz klar die Hilfe eines reichen Landes für ein armes Land, eines stabilen Landes für ein Land in der Krise. Die Vergabe von Postgraduiertenstipendien war demnach eine weitere Dimension der Entwicklungshilfe wie sie in den 60er und 70er Jahren verstanden wurde.

In dreißig Jahren hat sich das internationale Szenario tiefgehend verändert. Die Unterschiede zwischen den Ländern und besonders zwischen den einzelnen Sektoren in den Ländern, unter anderem im wissenschaftlichen Bereich, sind geschrumpft. Die „Zweite Welt“ verschwand und die „Dritte Welt“ wurde durch die sogenannten Schwellenländer ersetzt, die sich in ihrer Entwicklung teilweise der „Ersten Welt“ angeglichen haben. Heute ist für einen Absolventen einer guten chilenischen Universität die Realität in den Vereinigten Staaten oder in Europa nicht mehr etwas so Fremdes, besonders nicht hinsichtlich der Infrastruktur und des Zugangs zu Spitzeninformationen in jedem Studienfach. Das Gleiche geschieht in seiner Umgebung mit dem alltäglichen Entwicklungsstand des Lebensstandards. Andererseits bringt die demokratische Normalität und die sozioökonomische Entwicklung in Chile ein neues Szenario für die Bewerber von Stipendien im Ausland mit sich. Es gibt weder einen Grund, das Land zu verlassen, noch dafür, sich darauf vorzubereiten, das politische System zu verändern. Die Verbesserung unseres Universitätsniveaus beschränkt das Interesse am Studium im Ausland auf bestimmte Bereiche und bestimmte Orte (Länder oder Universitäten), deren Umsetzung in Chile sich wiederum auf konkretere Vorhaben als die für meine Generation vor drei Jahrzehnten vorhandenen beschränkt.

Der Dienst an der chilenischen Gesellschaft, den man sich bei der Rückkehr des Stipendiaten erhofft, ist weniger global, ist präziser, was positiv ist, aber er ist weniger politisch oder sozial. Die jungen Chilenen treten in sehr viel geringerem Maße den politischen Parteien und sozialen Organisationen bei und arbeiten stärker an privaten, sehr oft individuellen, Vorhaben. Der Begriff des „Dienstes“ in christlichem Sinne ist heute nicht unbedingt geringer, aber die Situation ist eine andere. Früher vergab die Konrad-Adenauer-Stiftung Stipendien an gute Studierende christlichen Glaubens, die in ihre Länder zurückkehrten, um leitende Verantwortung in der Politik, der Wirtschaft oder der Kultur und Wissenschaft zu übernehmen. Die Rückkehrer setzten ihre in Deutschland gemachten Erfahrungen in der weitreichenden Orientierung der Gesellschaft und sogar in ihrer Transformation um. Heute müssen sich die Hoffnungen auf konkretere, reduziertere und individuellere Ziele beziehen, obwohl diese Ziele in dem Kontext, in dem wir leben, nicht weniger wichtig sind.

Schlusswort

Nach vier Jahrzehnten des internationalen Stipendienprogramms der Konrad-Adenauer-Stiftung kann eine sehr positive Bilanz gezogen werden. Ich gehöre einer Generation von Lateinamerikanern an, deren Werdegang Zeugnis dieser Bewertung ablegen kann. Nicht nur wurde der Zweck erfüllt, zur Entwicklungshilfe und zur internationalen wissenschaftlichen Kooperation beizutragen. Vor allem wurde das Hauptziel einer grundlegenden christlichen Tugend erfüllt: die Solidarität. Wiederholen wir noch einmal den Satz des damaligen Professors Ratzinger: „Christ sein bedeutet wesentlich den Übergang von Sein für sich selbst in das Sein füreinander.“



Forum II

30 Jahre Archiv für
Christlich-Demokratische
Politik



Zeitgeschichte

„Wo bleiben die Arbeiten?“

Hans-Peter Schwarz, Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung

Der Professor Hans-Peter Schwarz kritisiert die Zunft der Historiker und Politikwissenschaftler, lobt aber das Archiv für Christlich-Demokratische Politik.

Am gleichen Tag wie der Vater Geburtstag zu haben, ist für den Sohn selten gut. Im Zweifelsfall hat der Papa immer die größere Zahl Gratulanten. So war es auch am Wochenende beim Jubiläum „50 Jahre Konrad-Adenauer-Stiftung“. Im Schatten des großen Festaktes ging es beinahe unter, dass in einem Nachmittags-Forum zur Zeitgeschichte der „Sohn“ – in dem Fall das Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) – ebenfalls feierte, und zwar sein 30-jähriges Bestehen. Ein prominenter Gratulant spendete Trost: Hans-Peter Schwarz, emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bonn, war und ist ein fleißiger Nutzer des Archivs. Er lobte den Archiv-Leiter Günter Buchstab und sein Team als „vitale Abteilung“, von der noch „viel zu erwarten“ sei. Die Abteilung solle der Versuchung widerstehen, ihren Personalbestand „mit der Fleischhaxe“ zu zerkleinern. „Wer schreibt, der bleibt“, so Schwarz.

Dramatische Veränderung der deutschen Geschichte

Mit dieser Ermutung schloss der Professor einen Vortrag, in dem er vor allem zu einer Frage Stellung nahm: „Wo steht die Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik Deutschland?“ Schwarz kritisierte die eigene Zunft offen: „Historiker und Politologen erweisen sich häufig als Wendehälse, die den Status quo legitimieren.“ So habe sich bei vielen Ende der 80er Jahre das Bild der deutschen Zweistaatlichkeit gerade verfestigt gehabt, als die Wiedervereinigung diese Theorien plötzlich über den Haufen warf. Schwarz bemängelte weiter, dass es bislang kaum Forschungsperspektiven für die deutsche Geschichte nach 1990 gebe. „Wo bleiben die Arbeiten?“ fragte er rhetorisch. Viel zu wenig werde erforscht, wie „dramatisch“ sich die Geschichte Deutschlands auch durch

die Europapolitik der letzten zwei Jahrzehnte verändert habe. Das ACDP leiste dazu einen großen Beitrag mit Editionen und Monographien. Doch grundlegend, unvergänglich und auf die historiographische Fernwirkung gerichtet sei die Archivierung und Bereitstellung wichtiger Quellen im Zentralarchiv der Christlichen Demokratie. Günter Buchstab zeigte sich über dieses Lob einerseits „beschämt“, aber auch „erfreut, weil ich es im Innern für richtig halte.“ In einem kurzen Abriss der Entwicklung des Archivs erinnerte Buchstab daran, dass die CDU erst nach dem Machtverlust 1969 den Bedarf für eine solche Einrichtung erkannt habe. Helmut Kohl habe damals im Bundesvorstand gesagt, die Partei dürfe sich „die Geschichte nicht stehlen lassen“. Und schon Konrad Adenauer habe davor gewarnt, dass eine Legendenbildung „ein ganzes Volk ins Unglück stürzen“ kann. Das ACDP mit seinen drei Abteilungen (Historisches Archiv, Bibliothek und Dokumentation) wirke dem entgegen, so Buchstab, als „ein hervorragendes Informationszentrum“.

Verkürzungen den Boden entziehen

Ähnlich argumentierte auch der stellvertretende KAS-Vorsitzende Anton Pfeifer: „Zeithistorische Forschung muss der Instrumentalisierung entgegentreten, muss dem Pluralismus Raum geben und Verkürzungen den Boden entziehen.“ In einer freiheitlichen Gesellschaft dürfe es keine offiziellen, sondern nur mehrere miteinander konkurrierende Geschichtsbilder geben. Pfeifer wörtlich: „Die Art, wie eine Gesellschaft mit ihrer Geschichte umgeht, ist prägend für ihre Identität.“



Forum III

Wie wollen wir
in Zukunft leben?



Zukunftsforum: Mut machen

Bundestagspräsident Norbert Lammert

Zu wenig Kinder, zu wenig Arbeit, zu viele Schulden: Deutschland steht ohne Zweifel vor gravierenden Problemen, und es ist an der Zeit, sich diesen Problemen zu stellen. Dies war Thema des Forums „Wie wollen wir in Zukunft leben?“ Die Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung hatte sich für das Jubiläum ein Zitat von Perikles zu Herzen genommen: „Es kommt nicht darauf an, die Zukunft vorauszusagen, sondern auf sie vorbereitet zu sein.“ Hauptabteilungsleiter Michael Borchard und sein Team hatten im Wasserwerk eine Podiumsdiskussion organisiert, bei der über die Perspektiven für Deutschland, über Gestaltungsvorschläge und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, diskutiert wurde.

Bundestagspräsident Norbert Lammert, zugleich stellvertretender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, führte mit deutlichen Worten in das Thema ein: „Wir haben eine Begabung: Unsere Scheu, Probleme anzupacken, legitimieren wir damit, dass wir sie für unlösbar halten.“ Politik, sagte Lammert, beginne mit der Erfassung der Wirklichkeit, gehe aber darüber hinaus: „Die Zukunft ist nicht einfach die Verlängerung von Vergangenheit.“



Delphi-Studie: Deutschland im Umbruch

Christine Henry-Huthmacher und Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff stellten als Informationsbasis für die Podiumsdiskussion ihre Delphi-Studie „Deutschland im Umbruch“ vor, bei der Experten dazu befragt wurden, wie die Deutschen in Zukunft voraussichtlich leben werden. Für viele Lebensbereiche deuten sich mehrere Entwicklungsoptionen an, womit sich zeigt, dass die Zukunft gestaltbar ist. Ein zentrales Ergebnis der Studie ist, dass Deutschland nach Meinung der Befragten seine wirtschaftliche Stellung auf dem Weltmarkt bis zum Jahr 2020 verteidigt, der Arbeitsmarkt davon aber nicht profitieren wird. Die durchschnittliche Arbeitszeit wird sich verlängern, doch das Niveau der Renten wird trotzdem weiter sinken. Die Geburtenrate wird auch in den nächsten 15 Jahren niedrig bleiben. Dadurch wird Deutschland laut der Experten zum Einwanderungsland werden, das offensiv qualifizierte Zuwanderer wirbt. Die Befragten rechnen mit einer Werteverstärkung vom Risiko hin zur Sicherheit, weil es immer weniger junge, risikobereite Menschen geben wird. „Die Politik wird gefordert sein, kulturelle und soziale Spannungen auszugleichen“, erläuterte Henry-Huthmacher die Ergebnisse der Studie. Deutschland wird älter, kulturell verschiedener und sozial unterschiedlicher sein als früher. „Aufgabe der Politik wird es sein, einen Mentalitätswechsel herbeizuführen, der Risiko, Freiheit, Sicherheit und sozialen Ausgleich neu aufeinander abstimmt“, lautete das Fazit der Wissenschaftlerin.

Wie wollen wir in Zukunft leben?

Der Ruf nach mehr Mut in der Politik zog sich durch sämtliche Beiträge der Diskussionsteilnehmer: „Man muss die junge Generation ermutigen, die Zügel in die Hand zu nehmen. Denn die Zukunft gehört den Mutigen – und zu diesem Mut muss die Politik heute ermuntern“, sagte Hans Maier, Staatsminister a.D. Am Beispiel des heutigen Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland machte er deutlich, welche Gestaltungs- und Veränderungskraft die Politik hat – sofern einer da ist, der die Ärmel hochkrepelt. Vorschläge, wie Mut bei der politischen Elite geweckt und gestärkt werden könnte, waren in der Diskussion jedoch leider rar.

Dass die Bevölkerung Mut zu Reformen zwar in der Theorie, nicht so sehr aber in der Praxis schätzt, warf Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus in die Diskussion ein: „Es ist keine einfache Aufgabe, aber es wird eine Aufgabe der politischen Führung sein.“ Verantwortlich für den mangelnden Reformwillen der Deutschen macht Althaus die Politik: „Wir haben zu lange ein ‚Immer mehr‘ organisiert, zu lange eine scheinsoziale Wirklichkeit aufrechterhalten.“ Er machte sich stark für die Kopplung der sozialen Leistungen an die sozial-ökonomische Leistungsfähigkeit Deutschlands.

Ein zweiter zentraler Punkt der Diskussion, die sich begründet durch den Zeitmangel auf jeweils ein, zwei Statements der Beteiligten beschränkte, war die Stimmung in



Deutschland. „Es ist an der Zeit, Zuversicht zu verbreiten, Perspektiven aufzuzeigen, sonst droht eine den Konsum drückende Angst“, sagte Klaus-Peter Müller, der Sprecher des Vorstandes der Commerzbank AG. Untersuchungen würden zeigen, dass diejenigen sparen, die es eigentlich nicht nötig haben. „Ich sage nicht, dass Sparen ein falscher Weg ist, aber dass zwischen Sparen und Angstsparen mehr differenziert werden muss.“ Die düsteren Prognosen bergen laut Müller die Gefahr einer sich selbst erfüllenden Prophezie, denn das Angst-Sparen entzieht der Konsumwirtschaft dringend benötigtes Geld. Auch der ehemalige Staatsminister Maier forderte eine Veränderung der Mentalität in Deutschland. Weder zügelloser Optimismus noch unbegründeter Pessimismus haben Platz in seinem Politikverständnis: „Im Klima der Nüchternheit muss Politik gemacht werden.“



Emotionen für Europa

Helmut Kohl im Gespräch

Helmut Kohl gilt als einer der größten Europäer der Nachkriegsgeschichte. Er hat seine Vision eines vereinten Europa mit verwirklicht. Und er predigt heute noch Optimismus, obwohl Europa scheinbar tief in der Krise steckt. Mit Sigmund Gottlieb, TV-Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks, diskutierte er im Plenarsaal über die Zukunft Europas.

Einige Widerworte

Als „Gespräch“ war die Veranstaltung betitelt – doch das Gespräch mündet schon in den ersten Minuten in eine Diskussion, in der vor allem von Seiten Kohls einige Widerworte fallen. Erste Frage: „Herr Dr. Kohl, denk’ ich an Europa in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht. Trifft das auf Sie zu?“ „Ich halte die Frage für falsch“, entgegnet Kohl fast empört. „Ich bin absolut sicher, dass die Entwicklung in Europa weitergeht – langsam, aber sicher.“ Für ihn sind das keine leeren Worte, wie er anhand einiger Beispiele belegt. Heute seien 25 Länder in der Europäischen Union, acht von ihnen hätten vor ein paar Jahren noch „unter der Fuchtel des Kremls“ gestanden. Und dann wird Kohl poetisch: „Wenn Sie im Sommer nach Prag kommen und hören die vielen jungen Leute, die dort musizieren und singen, in allen Sprachen Europas, und Sie hören den Fluss der Moldau, dann wissen Sie, dass Sie nicht in Afrika oder einem Teil Australiens sind, sondern, dass Sie in Europa sind.“ Die Frage, wie man unter den Bürgern die Akzeptanz Europas steigern und Europa transparenter machen könne, hat Kohl damit schon beantwortet, bevor Sigmund Gottlieb sie gestellt hat. Doch Kohl wählt noch deutlichere Worte: „Sie können solch eine politische Herausforderung nicht nur mit dem Verstand meistern. Zur Europapolitik gehört ein Stück Emotion.“

„Böses Erwachen der Türkei“

Die Vernunft sollte dabei aber nicht auf der Strecke bleiben: Ein Beitritt der Türkei zur Europäischen Union schließt Kohl aus. Die „Europa-Idee“ basiere unter anderem auch auf einer „gemeinsamen Kultur Europas“, aber die Türkei habe „halt doch eine andere Kultur.“ Leere Versprechungen seien es, die man den Türken in diesem Jahr mit Beginn der Beitrittsverhandlungen gemacht habe. Kohl befürchtet ein „böses Erwachen“ der Türkei, „wenn die Hoffnungen nicht eintreten“ und sieht das „freundschaftliche Verhältnis“ zwischen Deutschland und der Türkei auf der Kippe. „Die, die diese Versprechungen heute machen, machen sie, weil sie wissen, dass sie in zehn Jahren nicht mehr da sind.“ Er macht eine kurze Pause und fügt hinzu: „Gerhard Schröder ist ja jetzt schon nicht mehr da.“

Ohne Vision kein Europa

Das Gespräch schließt, wie es angefangen hat. Mit Widerworten. „Wo ruft denn zum Beispiel Condoleezza Rice an, wenn sie mit Europa telefonieren will? In der Nebenstelle Berlin oder in der Nebenstelle Paris?“ fragt Sigmund Gottlieb. „Da schätzen Sie Condoleezza Rice aber völlig falsch ein“, antwortet Helmut Kohl, „das ist eine intelligente Frau, die weiß schon, wo sie anrufen soll.“ Frage beantwortet? Nein. Deshalb versucht es der Journalist beim Politiker mit deutlicheren Worten: „Wer sind die treibenden Kräfte in Europa?“ Kohl antwortet: „Ich kann’s Ihnen nicht sagen.“ Und Gottlieb entgegnet: „Das ist aber nicht gut.“ Kohl bleibt trotz der Schelte Optimist. „Ich sag’s nochmal: Ich bin gegen diesen Pessimismus.“ Und redet Klartext: Deutschland werde – „wenn wir nicht völlig verblödet sind“ – in wenigen Jahren wieder auf einem vorderen Platz in der Rangfolge der Europäischen Union liegen. Er warnt am Ende vor einem zu pragmatischen Politik-Ansatz. „Ohne eine Vision hätten wir Europa nie zu Stande gekriegt.“



Üben, bis die Hände schmerzen

Purcell, Torelli, Haydn, Dvorak – eine instrumentale Reise quer durch Europas Musikepochen bot das Altstipendiaten-Orchester. Zum Jubiläum im Bonner Bundeshaus spielten 25 Musiker unter der Leitung von Dirigent Florian Ludwig, seines Zeichens Erster Kapellmeister am Theater Bremen, vor allem weniger bekannte Stücke und setzten dabei ihre Solisten besonders in Szene. Der Titel des Eröffnungstücks „Music for a while“, komponiert vom Engländer Henry Purcell (1659–1695), war zugleich das Motto des Abendkonzerts.

Obwohl erst wenige Tage in dieser Besetzung zusammenspielend, präsentierte sich das Ensemble harmonisch und von Dirigent Florian Ludwig gut auf die Stücke eingestimmt. So konnten sich die Solisten bei Giuseppe Torellis (1658–1709) „Sinfonie für Trompeten“ und Joseph Haydns (1732–1809) „Flötenkonzert“ gut in Szene setzen und das eindringliche, ansteigende Spiel der Streicher kontrastieren. Insbesondere Querflötistin Mechthild Bier überzeugte mit klarem Klang und lieferte sich einen musikalischen Wettstreit mit den restlichen Instrumenten, wie Cembalo und Bass. Ebenso schwungvoll erklang der Walzer des Tschechen Anton Dvorak (1841–1904) im eng gefüllten ehemaligen Bundestagsrestaurant. Und auch Mezzosopranistin Annerose Hummel bewies ihr Können.



Nur vier Tage Vorbereitung

Dabei ist die klangliche Harmonie alles andere als selbstverständlich: Erstmals ging dem Konzert ein viertägiges Seminar voraus, in dem die vielen Musiker – davon die wenigsten Profis – sich das neue Repertoire aneigneten. „Für die meisten waren die Stücke völlig unbekannt, was das Proben erschwert, da man noch gar kein Gefühl für das Stück hat“, erklärt Violinist Hans-Joachim Vieweger, der sonst beim Bayerischen Rundfunk in der Landespolitik für informative Töne sorgt. Dafür, dass sie jetzt in Fleisch und Blut übergegangen sind, hat er einen Schuldigen ausgemacht: „Unser Dirigent schafft es, den Stücken über sprachliche und klangliche Bilder ein Profil zu geben und sie uns damit nahe zu bringen.“ „Es haben sich aber auch alle richtig reingehängt“, gibt der Orchesterleiter das Kompliment an sein Ensemble zurück. Bereits am ersten Tag probte die Gruppe, bis vielen die Hände schmerzten – rund elf Stunden. Doch offenbar hat sich die Schufferei gelohnt, denn letztlich legten die Altstipendiaten zwei respektable Auftritte hin.

Zum Dank nach Cadenabbia

Dass sie dennoch hart mit sich ins Gericht gehen, spricht für die Ansprüche, die das Ensemble an sich stellt: „Vormittags im Festakt waren wir noch nicht so gut, was teilweise auch daran lag, dass der Plenarsaal derart schallschluckend gebaut ist, dass die Violinisten schon gar nicht mehr die Cellisten hören“, erklärt Vieweger. Das Konzert am Abend im Bundestags-Restaurant fand hingegen den vollen Zuspruch aller Musiker und Zuhörer. Darunter auch Generalsekretär Wilhelm Staudacher, der anschließend eine frohe Nachricht überbringen konnte: Zum Dank für die musikalische Begleitung wird das ganze Ensemble in die Adenauer-Villa in Cadenabbia eingeladen.



Begabte Früchtchen

Halb tot gelacht

Die blauen Sessel sehen aus wie frisch bezogen, die Lichtkegel der Scheinwerfer kreisen durch den Saal. Ein besonderer Ort. Eine Arena vielleicht. Oder vielmehr: eine Manege. Auf der kreisrunden Bühne in der Mitte des alten Bundestags sind bis 1999 Politiker aufgetreten. Triumphe haben sich hier abgespielt, Dramen, auch Kuriositäten. Helmut Kohl hat hier als Kanzler die Regierungsbank gedrückt, und Gerhard Schröder auch. Jetzt knirscht das Koalitionsgetriebe nicht mehr am Rhein, dafür in Berlin. Und in Bonn trägt der hölzerne Bundesadler jetzt ein Kleid aus blauen Lichtstrahlen. Showtime. Bühne frei für Anka Zink: „Wir werden Ihnen eine Revue zeigen. Und damit stehen wir an diesem Ort in einer ganz großen Tradition“, sagt die Kabarettistin und Altstipendiatin. Erster Satz, erster Lacher.

„Begabte Früchtchen“ hieß das Showprogramm, das den Festtag zum 50. Jahrestag der Konrad-Adenauer-Stiftung beschloss. Statt Politikern traten im besonderen Ambiente des ehemaligen Parlamentsgebäudes mehrere absolut sehenswerte Künstler auf.



„Uuuunglaublich“

Den Anfang machten „Extra Energie“, die mit ihren ästhetisch anspruchsvoll in Szene gesetzten Tanzeinlagen dem Abend einen gelungen Rahmen verschafften. Dann die Gruppe „Knusper!“, eine urkomische Comedy-Truppe mit einem erstaunlich breiten Repertoire. Auf der Bühne boten sie eine Bauchrednernummer, mit viel Situationskomik, nur um dann gleich gänzlich das Fach zu wechseln und amerikanische Verkaufsendungen zu parodieren. „Uuuunglaublich.“ Fanden auch die Zuschauer.

Christiane Weber und Timm Beckmann sind ein junges Chansonduo, die bei aller anspruchsvoll-träumerischen Kunst auch viel Humor bewiesen. Für ihren unverwechselbaren Stil wurden die beiden kürzlich von der Hanns-Seidel-Stiftung ausgezeichnet.

Der Deutsche hat den Jammerlappen

Den Höhepunkt des Abends setzte ein Mediziner. Er ist der Arzt, dem die Zuschauer vertrauen: Eckart von Hirschhausen. Der Kabarettist ist ein echter Multikönner: Doktor, Autor, Fernsehmoderator – und ein wahnsinnig begabtes Showtalent. Hirschhausen erklärte den Gästen, warum Gesundheitsratgeber eigentlich keinen Sinn haben: weil sie ohnehin nur von denen gelesen werden, die ohnehin schon alles wissen. Ein weiterer Grund, den Beruf zu wechseln. Und dabei noch, neurologisch betrachtet, den Deutschen an sich neu zu erkunden. „Der Mensch verfügt über zahlreiche Hirnlappen. Der Deutsche hat noch einen mehr: den Jammerlappen. Kein Draht zum Sehnerv, hat aber immer alles kommen sehen.“

Der Unterschied zwischen Bonner und Berliner Republik? Hirschhausen war neulich in Berlin und besuchte ein Reisebüro. „Wohin kann ich schnell und billig fliegen?“ fragt er. Die Angestellte: „Uff die Fresse.“ Hirschhausen ist auch gut für Tiefgründiges. Mediziner forschen schließlich immer nach dem, was das Leben am Laufen hält. Also: „Wenn Schwimmen schlank macht, was machen dann Blauwale falsch?“ Oder, wie ein Motto für den gesamten Abend: „Kann man sich zweimal halb tot lachen?“ Klar doch.



50
SEIT 1955

Anhang

Kleine Chronik



- 1955** Gründung der „Gesellschaft für Christlich Demokratische Bildungsarbeit e.V.“
Erster Vorsitzender ist Bruno Heck (1955–1958).
Kauf von Schloss Eichholz bei Wesseling
- 1957** Eröffnung der Bildungsstätte der Gesellschaft durch Konrad Adenauer
- 1958** Umwandlung der Gesellschaft in „Politische Akademie Eichholz“, den Vorsitz übernimmt Arnold Bergstraesser (1958–1964).
- 1962** Gründung des Instituts für Internationale Solidarität
- 1963** Bundeskanzler Adenauer eröffnet den Erweiterungsbau in Schloss Eichholz.
- 1964** Umwandlung der Politischen Akademie in „Konrad-Adenauer-Stiftung für Politische Bildung und Studienförderung e.V.“
- 1965** Gründung der Studienförderung (ab 1971 Begabtenförderung)
- 1967** Gründung des Wissenschaftlichen Instituts (ab 1970 Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut) für die Grundlagenforschung der politischen Bildung, Gründung des Instituts für kommunalpolitische Bildung und Forschung (ab 1970 Institut für Kommunalwissenschaften)
- 1968** Erneute Wahl von Bruno Heck zum Vorsitzenden (1968–1989)
- 1975** Gründung des Bildungswerks (ab 1982 Institut für Politische Bildung)
- 1976** Gründung des Archivs für Christlich-Demokratische Politik, Umänderung des Stiftungsnamens in „Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.“
- 1977** Erwerb der Villa La Collina am Comer See. Das Feriendomizil Konrad Adenauers ist heute eine internationale Begegnungsstätte.
- 1978** Gründung der Journalistischen Nachwuchsförderung (ab 2002 Journalisten-Akademie)
- 1980** Erstmalige Ausschreibung des Lokaljournalistenpreises
- 1989** Bernhard Vogel wird zum Nachfolger von Bruno Heck gewählt.
- Nach
- 1990** Die Stiftung beschließt ein Gesamtkonzept für die politische Bildung in der ehemaligen DDR: In Leipzig, Erfurt und Rostock werden Bildungswerke eröffnet. In der ehemaligen Sowjetunion, im Baltikum und in Osteuropa nehmen die Außenstellen ihre Arbeit auf.
- 1991** Erwerb von Schloss Wendgräben bei Magdeburg als ein weiteres Bildungszentrum der Stiftung
- 1992** Stiftung des Literaturpreises.
Nach der Wahl von Bernhard Vogel zum Ministerpräsidenten von Thüringen übernimmt Dorothee Wilms kommissarisch die Leitung der Stiftung.
- 1993** Gerd Langguth wird Geschäftsführender Vorsitzender.
- 1995** Wahl von Günter Rinsche zum Vorsitzenden
- 1997** Berufung von Ottfried Hennig zum Generalsekretär
- 1998** Eröffnung der Akademie in Berlin-Tiergarten durch Bundeskanzler Helmut Kohl.
Die Akademie ist ein Forum für den Dialog über zukunftsrelevante Fragen zwischen Politik, Wirtschaft, Kirche, Gesellschaft und Wissenschaft.
- 1999** Wilhelm Staudacher wird Nachfolger von Ottfried Hennig.
Gründung des Freundeskreises der Konrad-Adenauer-Stiftung.
Einrichtung des Kuratoriums unter Vorsitz von Bundespräsident a.D. Roman Herzog
- 2001** Bernhard Vogel wird als Nachfolger von Günter Rinsche erneut zum Vorsitzenden der Stiftung gewählt.
Eröffnung des Konrad-Adenauer-Konferenzentrums in Jerusalem
- 2002** Erstmalige Verleihung des Preises „Soziale Marktwirtschaft“
- 2005** Grundsteinlegung für ein weiteres Gebäude der Stiftung in Berlin



Mitglieder des Freundeskreises bei der Besichtigung des Wohnhauses Konrad Adenauers in Rhöndorf.

Der Freundeskreis gratuliert

Wie lebte Konrad Adenauer? Ein Mann, dessen Leben und Werk vier Epochen deutscher Geschichte umfasste – das Kaiserreich und die Weimarer Republik, die Jahre der NS-Diktatur, schließlich die Bundesrepublik Deutschland, die er zu einem Erfolgsmodell machte.

Spannend und kurzweilig waren die Einblicke in das Leben des Menschen und Politikers Adenauer, die der Historiker Hans Peter Mensing Mitgliedern des Freundeskreises bei einer Führung durch Adenauers Wohnhaus gewährte. Der Leiter des Editionsbereichs der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus lockerte seinen Vortrag durch Anekdoten auf und öffnete für den Freundeskreis Privaträume Adenauers – sein Arbeitszimmer und das Sterbezimmer –, die Besuchern sonst verschlossen bleiben.



Der Besuch der Stiftung-Bundeskanzler-Adenauer-Haus und des Wohnhauses von Konrad Adenauer am 4. November 2005 bildete den Auftakt eines dreitägigen Rahmenprogramms für den Freundeskreis anlässlich des 50-jährigen KAS-Jubiläums.

Am Nachmittag desselben Tages konnten die Teilnehmer zwischen einer Führung durch das Palais Schaumburg oder das Haus der Geschichte wählen.

Am Abend trafen sich Mitglieder und Förderer zu einem festlichen Abendessen im Maritim-Hotel in Bonn. Professor Bernhard Vogel begrüßte die Gäste und Lothar Kraft, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Stiftung, beleuchtete in seiner Rede die Entstehung und Entwicklung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Freundeskreises, der an diesem Tag vor sechs Jahren gegründet wurde.

Am 5. November 2005 besuchte der Freundeskreis die Jubiläumsveranstaltung, an der auch KAS-Mitarbeiter, Stipendiaten, Vertrauensdozenten und Ehemalige sowie Freunde und Partner aus aller Welt teilnahmen und die in dieser Broschüre dokumentiert ist. Bei der großen Jubiläumsrevue am Abend – krönender Abschluss der Feier – waren rund 250 Förderer dabei.

Mit einer Stadtrundfahrt durch das ehemalige Regierungsviertel in Bonn und einem Rundgang durch die Innenstadt klang das Rahmenprogramm für den Freundeskreis am Nachmittag des 6. Novembers aus. Die vielen positiven Rückmeldungen, die die Stiftung in den folgenden Tagen erhielt, beweisen, dass die Besucher die Veranstaltung genossen haben.

Geschichte und Standpunkte

Die hier aufgelisteten Veröffentlichungen können Sie im Internet herunterladen oder als Broschüre (solange der Vorrat reicht) bestellen (publikationen@kas.de).

American Jewish Committee/
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.)
„A Life-Changing Experience“.
25 Jahre KAS/AJC Programm (Deutsch und Englisch)
Berlin 2005
ISBN 3-937731-51-2
http://www.kas.de/publikationen/2005/6817_dokument.html (deutsche Version)
http://www.kas.de/publikationen/2005/6819_dokument.html (englische Version)

Günter Beaugrand
Die Konrad-Adenauer-Stiftung.
Eine Chronik mit Berichten und Interviews von Zeitzeugen
Sankt Augustin 2003
ISBN 3-927535-15-X
http://www.kas.de/publikationen/2004/4013_dokument.html (Inhaltsverzeichnis)

Winfried Becker
Historische Bewußtseinsbildung im demokratischen Staat –
25 Jahre Archiv für Christlich-Demokratische Politik
Sankt Augustin 2001
(Auch erschienen in: Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für
Christlich-Demokratische Politik 8/2001, S. 11-32, Köln 2001)
http://www.kas.de/publikationen/2001/838_dokument.html

Peter Fischer-Bollin (Hrsg.)
Parteizusammenarbeit der KAS in Mittel-, Ost-
und Südosteuropa
Sankt Augustin 2004

Günter Buchstab (Hrsg.)
Die Bestände des Archivs für Christlich-Demokratische Politik
der Konrad-Adenauer-Stiftung. Kurzübersicht
5. Aufl., Sankt Augustin 2004
ISBN 3-933714-97-4

Dieter Golombek/Erwin Lutz (Hrsg.)
Ausgezeichnet. Das Beste aus 25 Jahren
Lokaljournalistenpreis. Rezepte für die Redaktion
Sankt Augustin 2005
ISBN 3-901227-21-0
http://www.kas.de/publikationen/2005/7086_dokument.html (Leseprobe)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.)
Jahresbericht 2004
Sankt Augustin 2005
<http://www.kas.de/upload/jahresbericht2004.pdf>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.)
Die Konrad-Adenauer-Stiftung im Dialog
mit der jüdischen Welt (Deutsch und Englisch)
Sankt Augustin 2005
ISBN 3-937731-17-2
http://www.kas.de/publikationen/2005/5875_dokument.html (deutsche Version)
http://www.kas.de/publikationen/2005/5883_dokument.html (englische Version)

Hartmut Mayer/Thomas Bernd Stehling (Hrsg.)
Deutsch-Britische Beziehungen und
„der Mythos Cadenabbia“.
German-British Relations and „the spirit of Cadenabbia“
(Deutsch und Englisch)
Sankt Augustin 2005
ISBN 3-937731-58-X
http://www.kas.de/proj/home/pub/28/1/year-2005_dokument_id-7171/index.html

Günter Rüter,
im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.)
Literaturpreis 2003: Patrick Roth
Sankt Augustin 2004
ISBN 3-933714-75-3
http://www.kas.de/publikationen/2004/3761_dokument.html

Günter Rüter,
im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.)
Literaturpreis 2004: Herta Müller
Sankt Augustin 2004
ISBN 3-937731-26-1
http://www.kas.de/publikationen/2004/7790_dokument.html

Günter Rüter,
im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.)
Literaturpreis 2005: Wulf Kirsten
Sankt Augustin 2005
ISBN 3-937731-60-1
http://www.kas.de/publikationen/2005/7788_dokument.html

Günter Rüter/Burkard Steppacher (Hrsg.)
Talente entdecken – Talente fördern.
40 Jahre Begabtenförderung
Sankt Augustin 2005
ISBN 3-937731-56-3
http://www.kas.de/publikationen/2005/7667_dokument.html

Wilhelm Staudacher (Hrsg.)
Christliche Demokratie in Deutschland heute.
Beiträge des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung
Sankt Augustin 2005
ISBN 3-937731-62-8
http://www.kas.de/publikationen/2005/7385_dokument.html

Wilhelm Staudacher (Hrsg.)
In einer dynamisierten Welt. Grundlagen und
Optionen für eine zukunftsfähige Politik.
Beiträge des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung
Sankt Augustin 2005
ISBN 3-937731-48-2
http://www.kas.de/publikationen/2005/6537_dokument.html

Josef Thesing (Hrsg.)
In der Welt und für die Welt. 40 Jahre internationale
Zusammenarbeit. Persönliche Erfahrungsberichte
Sankt Augustin 2002
ISBN 3-933714-77-X
http://www.kas.de/publikationen/2002/613_dokument.html (Leseproben)

Bernhard Vogel (Hrsg.)
Der Freiheit das Wort.
Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung 1993-2002
Sankt Augustin 2002
ISBN: 3-933714-52-4
http://www.kas.de/publikationen/2003/1350_dokument.html (Leseproben)

Impressum

Herausgeber
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Kommunikation und Medien
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin
Telefon: 0 22 41/2 46-0
Telefax: 0 22 41/2 46-5 91

Tiergartenstraße 35
10785 Berlin
Telefon: 0 30/2 69 96-0
Telefax: 0 30/2 69 96-261
E-Mail: redaktion@kas.de

Unter Mitarbeit von Tina Bettels,
Wolfgang-Michael Böttcher,
Sebastian Christ, Peter Lausmann,
Sarina Merschel, Jochen Markt

Redaktion
Walter Bajohr, Elisabeth Enders

Durchführende Agentur
MEDIA CONSULTA
Deutschland GmbH, Köln/Berlin
Hildeboldplatz 15-17
50672 Köln
Telefon: 02 21/35 00-0
Fax: 02 21/35 00-350

Art Direktion
Hans-Dieter Großjohann,
Daniel Kirschner

Projektkoordination
Constanze Kusch-Plewe

Produktion
Thomas Ahlrichs

Druck
DRUCKREIF

Printed in Germany 2006

Fotonachweis
dpa picture alliance: S. 10, 34, 39, 40, 41;
alle anderen Konrad-Adenauer-Stiftung



Spenden Sie übers Internet!

Sie können ab sofort Ihre Spende unter www.kas.de durch Bankeinzug oder durch Überweisung auf unser Konto bei Trinkaus & Burkhardt, Düsseldorf Nr. 304042, BLZ 300 308 80 der Konrad-Adenauer-Stiftung zugute kommen lassen.

Sie erhalten dann kurz nach Spendengutschrift von uns eine Zuwendungsbestätigung für Ihr Finanzamt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist wegen Förderung der als besonders förderungswürdig anerkannten gemeinnützigen Zwecke gemäß § 48 Abs. 2 EstDV Anlage 1 Abschnitt A Nr. 3a, b, Nr. 4, Nr. 7, Nr. 10 und Nr. 12 durch Bescheid des Finanzamtes Sankt Augustin vom 6.2.2006 für das Jahr 2004 unter St.-Nr. 222/5740/0892 als gemeinnützig anerkannt worden und von der Körperschaftssteuer befreit.

www.kas.de



www.kas.de